

Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Staatsrechnung 2008**

Datum: 24. März 2009

Nummer: 2009-075

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2009/075

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

betreffend Staatsrechnung 2008

vom 24. März 2009

INHALTSVERZEICHNIS

1	ÜBERSICHT UND WERTUNG.....	3
1.1	VORBEMERKUNG	3
1.2	GESAMTÜBERSICHT	3
1.3	WÜRDIGUNG.....	7
2	RAHMENBEDINGUNGEN	10
2.1	VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN.....	10
2.2	FINANZLAGE DES BUNDES	10
2.3	FINANZAUSGLEICH KANTON - GEMEINDEN	11
3	DETAILS ZUR RECHNUNG 2008	13
3.1	LAUFENDER AUFWAND NACH KONTOGRUPPEN	13
3.2	LAUFENDER ERTRAG NACH KONTOGRUPPEN.....	18
3.3	WICHTIGSTE ABWEICHUNGEN GEGENÜBER DEM VORJAHR	23
4	BESONDERE FAKTOREN IM RECHNUNGSJAHR 2008.....	24
4.1	GRÜNDUNG DER NATIONALSTRASSEN NORDWESTSCHWEIZ AG (NSNW AG)	24
4.2	SCHWEIZERISCHE RHEINHÄFEN ALS ÖFFENTLICH-RECHTLICHE ANSTALT	24
4.3	NEUER FINANZAUSGLEICH (NFA)	25
4.4	ABRECHNUNG DER GLOBALBUDGETS DER SPITALBETRIEBE	26
5	INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT	29
5.1	BEDEUTUNG	29
5.2	LEISTUNGSAUSTAUSCH MIT BASEL-STADT.....	29
5.3	BERICHTERSTATTUNG ZUR RECHNUNG VON INTERKANTONALEN INSTITUTIONEN.....	31
6	INVESTITIONSRECHNUNG	34
6.1	INVESTITIONSRECHNUNG 2008.....	34
6.2	ÄNDERUNG DER FINANZIERUNG VON INVESTITIONSVORHABEN	37
7	VERMÖGEN UND VERBINDLICHKEITEN	38
8	KÜNSTLERATELIER ARLESHEIM: ÜBERTRAGUNG IN DAS VERWALTUNGSVERMÖGEN	39
9	ANTRAG.....	40

A ANHANG	42
A.1 ENTWICKLUNG STAATSHAUSHALT UND KENNZAHLEN.....	42
A.1.1 ENTWICKLUNG STAATSHAUSHALT	42
A.1.2 WEITERE FINANZKENNZAHLEN	45
A.2 GLOSSAR	47

TABELLENVERZEICHNIS

<i>Tabelle 1: Übersicht über die Gesamtrechnung.</i>	<i>3</i>
<i>Tabelle 2: Volkswirtschaftliche Kennzahlen.</i>	<i>10</i>
<i>Tabelle 3: Entwicklung Finanzausgleich und Steuerkraft der Baselbieter Gemeinden.</i>	<i>12</i>
<i>Tabelle 4: Laufender Aufwand nach Kontogruppen.</i>	<i>13</i>
<i>Tabelle 5: Vergleich Sollstellenplan 2008 und Stichtagserhebung per 31.12.2008.</i>	<i>14</i>
<i>Tabelle 6: Laufender Ertrag nach Kontogruppen.</i>	<i>18</i>
<i>Tabelle 7: Steuererträge gegliedert nach Arten.</i>	<i>19</i>
<i>Tabelle 8: Abgrenzung Vorjahre der periodischen Steuererträge.</i>	<i>20</i>
<i>Tabelle 9: Abschluss der Globalbudgets der Spitalbetriebe; Rücklagenbildung.</i>	<i>27</i>
<i>Tabelle 10: Laufende Rechnung und Inv.-Rechnung der Spitalbetriebe 2008 (nach Abschluss).</i>	<i>28</i>
<i>Tabelle 11: Kumulierte Ergebnisse über alle Spitalbetriebe 2005 bis 2008.</i>	<i>28</i>
<i>Tabelle 12: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt.</i>	<i>29</i>
<i>Tabelle 13: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen 2004 bis 2008.</i>	<i>35</i>
<i>Tabelle 14: Finanzkennzahlen.</i>	<i>45</i>
<i>Tabelle 15: Definition Finanzkennzahlen.</i>	<i>46</i>

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

<i>Abbildung 1: Zusammenhänge in der Staatsrechnung.</i>	<i>4</i>
<i>Abbildung 2: Struktur der Ertrags- und Aufwandseite der Laufenden Rechnung.</i>	<i>5</i>
<i>Abbildung 3: Finanzausgleich Baselbieter Gemeinden 2008.</i>	<i>11</i>
<i>Abbildung 4: Entwicklung Finanzausgleich in % der Steuerkraft der Baselbieter Gemeinden.</i>	<i>12</i>
<i>Abbildung 5: Abweichungen Aufwand Rechnung 2008 zu Rechnung 2007.</i>	<i>13</i>
<i>Abbildung 6: Abweichungen Aufwand Rechnung 2008 zu Budget 2008.</i>	<i>14</i>
<i>Abbildung 7: Vollstellen (ganze Verwaltung mit Lehrpersonen, Spitalbetrieben und Gerichten).</i>	<i>15</i>
<i>Abbildung 8: Abweichungen Ertrag Rechnung 2008 zu Rechnung 2007.</i>	<i>18</i>
<i>Abbildung 9: Abweichungen Ertrag Rechnung 2008 zu Budget 2008.</i>	<i>19</i>
<i>Abbildung 10: Entwicklung Steuereinnahmen 1999 bis 2008.</i>	<i>20</i>
<i>Abbildung 11: Verfahren mit Budgetüber-/ unterschreitungen.</i>	<i>26</i>
<i>Abbildung 12: Kostendeckungsgrad (Ertrag/Aufwand) Spitalbetriebe 2005 bis 2008.</i>	<i>28</i>
<i>Abbildung 13: Beiträge des Kantons Basel-Landschaft an die Universität Basel 1999 bis 2008.</i>	<i>33</i>
<i>Abbildung 14: Entwicklung von Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter.</i>	<i>34</i>
<i>Abbildung 15: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen.</i>	<i>34</i>
<i>Abbildung 16: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen 2008 in %.</i>	<i>35</i>
<i>Abbildung 17: Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten.</i>	<i>39</i>
<i>Abbildung 18: Entwicklung Selbstfinanzierungsgrad.</i>	<i>42</i>
<i>Abbildung 19: Entwicklung Saldo der Laufenden Rechnung und Wirtschaftswachstum.</i>	<i>43</i>
<i>Abbildung 20: Entwicklung Finanzierungssaldo.</i>	<i>43</i>
<i>Abbildung 21: Entwicklung Eigenkapital.</i>	<i>44</i>
<i>Abbildung 22: Entwicklung Nettoinvestitionen.</i>	<i>44</i>

1 Übersicht und Wertung

1.1 Vorbemerkung

Im Einklang mit § 6 Buchstabe c der Kantonsverfassung¹ und § 33 Absätze 1 und 2 des Finanzhaushaltsgesetzes² berichtet der Regierungsrat mit der Staatsrechnung über das Finanzjahr 2008. Die Staatsrechnung enthält die Verwaltungsrechnung mit der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung sowie die Bestandesrechnung (Bilanz), die Inventare und die Angaben über Verpflichtungskredite. Weiter sind die Abschlüsse von Fonds und Stiftungen beigelegt. Die Abweichungen zum Budget werden im Zahlenteil von den Direktionen bzw. Dienststellen kommentiert.

1.2 Gesamtübersicht

Die Gesamtrechnung 2008 des Kantons Basel-Landschaft präsentiert sich wie folgt:

Tabelle 1: Übersicht über die Gesamtrechnung.

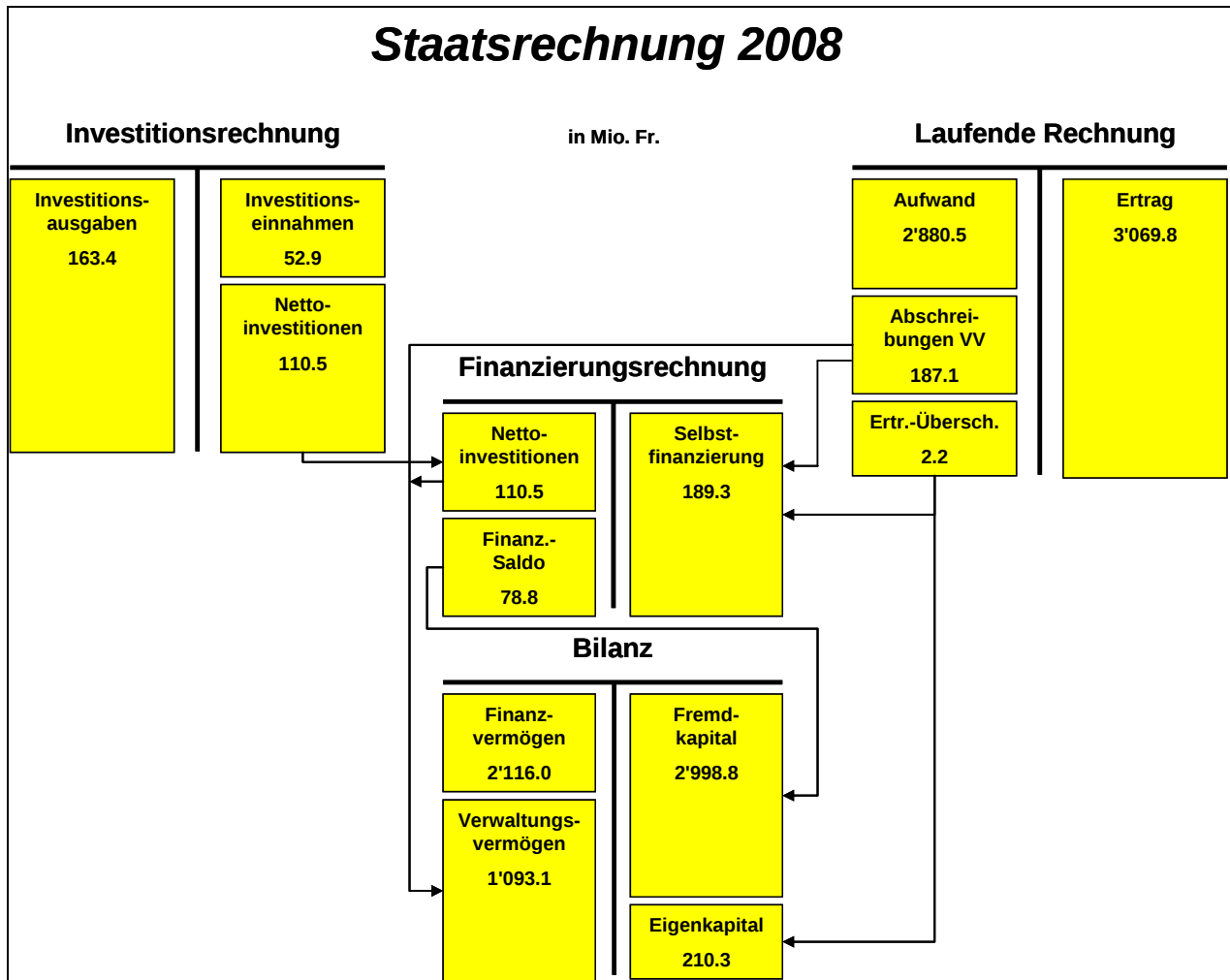
	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Budget 2008	Abweichung zu Rechnung 2007		Abweichung zu Budget 2008	
in Mio. Fr.							
Laufende Rechnung							
Aufwand	2'728.4	3'067.6	2'700.1	339.1	12.4%	367.5	13.6%
Ertrag	2'750.9	3'069.8	2'704.0	318.8	11.6%	365.7	13.5%
Saldo Laufende Rechnung	22.5	2.2	3.9	-20.3		-1.7	
Investitionsrechnung							
Ausgaben	218.7	163.4	226.0	-55.3	-25.3%	-62.6	-27.7%
Einnahmen	97.0	52.9	96.2	-44.1	-45.5%	-43.3	-45.0%
Nettoinvestitionen	-121.7	-110.5	-129.9	11.2		19.3	
Selbstfinanzierung							
Saldo Laufende Rechnung	22.5	2.2	3.9				
Abschreibungen Verwaltungsverm.	113.1	187.1	96.8	73.9	65.3%	90.3	93.3%
Selbstfinanzierung	135.7	189.3	100.7	53.6		88.5	
Selbstfinanzierung	135.7	189.3	100.7				
Nettoinvestitionen	-121.7	-110.5	-129.9				
Finanzierungssaldo	13.9	78.7	-29.2	64.8		107.9	
Selbstfinanzierungsgrad (%)	111.5	171.2	77.5	59.7		93.7	
Eigenkapital	208.1	210.3	212.1	2.2		-1.7	

¹ SGS 100.

² SGS 310.

Die Zusammenhänge zwischen Investitionsrechnung, Laufender Rechnung, Finanzierungsrechnung und Bilanz sind für das Rechnungsjahr 2008 nachfolgend schematisch dargestellt.

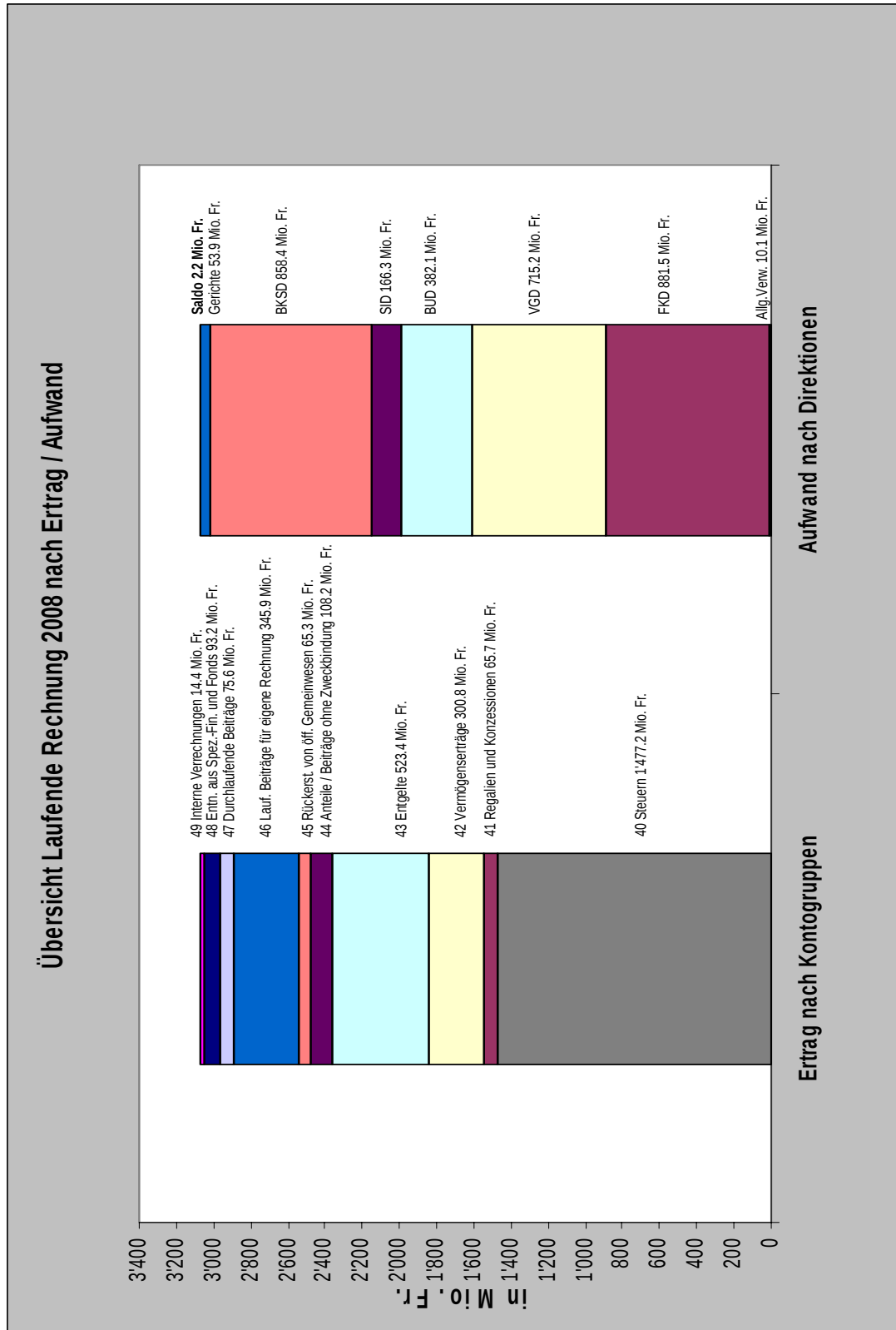
Abbildung 1: Zusammenhänge in der Staatsrechnung.³



³ Keine massstäbliche Darstellung.

Die nachfolgende Abbildung zeigt eine Gegenüberstellung der Ertrags- und der Aufwandseite der Laufenden Rechnung (unterteilt nach Direktionen). Die Reihenfolge der beiden Balken ist zufällig gewählt, da lediglich eine optische Verhältnisveranschaulichung gezeigt werden soll.

Abbildung 2: Struktur der Ertrags- und Aufwandseite der Laufenden Rechnung.⁴



⁴ Massstäbliche Darstellung.

Als Grobüberblick wird nachfolgend auf die wichtigsten Eckwerte der Staatsrechnung 2008 eingegangen.

Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 2.2 Mio. Franken und somit leicht schlechter als budgetiert ab (+3.9 Mio. Franken). Das Ergebnis wird u.a. durch folgende grossen Faktoren massgeblich beeinflusst (vgl. auch Kapitel 3.1 und 3.2):

- Zusätzliche Steuererträge aus Vorjahren bei der Einkommens-, Vermögens-, Ertrags- und Kapitalsteuer von 38.7 Mio. Franken (insgesamt liegen die Erträge aus dem Bereich Steuern um 44.3 Mio. Franken über den Erwartungen)
- Mehreinnahmen aus Pflögetaxen und Erträgen aus medizinischen Leistungen von 22.9 Mio. Franken
- Budgetunterschreitung beim Personalaufwand von 12 Mio. Franken
- Höherer Anteil an der Verrechnungssteuer von 12.1 Mio. Franken
- 25.7 Mio. Franken weniger Bundesbeiträge in diversen Bereichen
- Bildung bzw. Erhöhung der Rückstellungen für Prozessrisiken, Ausfinanzierung Deckungslücke Pensionskasse etc. im Umfang von 83.6 Mio. Franken
- Mehrausgaben beim medizinischen Verbrauchsmaterial und bei arzhonorare/medizinischen Fremdleistungen Spitalbetriebe von 11.1 Mio. Franken

Investitionsrechnung

In der Investitionsrechnung werden das budgetierte Ausgabenvolumen um 62.6 Mio. Franken und die budgetierten Investitionseinnahmen um 43.3 Mio. Franken unterschritten. Die daraus resultierenden Nettoinvestitionen liegen um 19.3 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Gegenüber der Rechnung 2007 nehmen die Nettoinvestitionen um 11.2 Mio. Franken ab.

Selbstfinanzierung (Saldo Laufende Rechnung plus Abschreibungen Verwaltungsvermögen)

Die Selbstfinanzierung fällt mit 189.3 Mio. Franken um 88.5 Mio. Franken besser aus als budgetiert und übersteigt den Vorjahreswert um 53.6 Mio. Franken. Die Selbstfinanzierung reicht im 2008 aus, um die Nettoinvestitionen vollständig zu finanzieren.

Selbstfinanzierungsgrad (Selbstfinanzierung im Verhältnis zu Nettoinvestitionen)

Der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen beläuft sich auf 171.2% und überschreitet somit deutlich den budgetierten Wert von 77.5% und das Vorjahr von 111.5%. Der empfohlene Wert, wonach im mehrjährigen Durchschnitt der jeweiligen Finanzplanperiode ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 75% zu erreichen ist, ist damit erfüllt.

Finanzierungssaldo (Selbstfinanzierung abzüglich Nettoinvestitionen)

Der Finanzierungssaldo weist einen positiven Wert von 78.7 Mio. Franken aus; budgetiert war ein Wert von -29.2 Mio. Franken. Im Vorjahr lag der Finanzierungssaldo bei 13.9 Mio. Franken.

1.3 Würdigung

Die Staatsrechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 2.2 Mio. Franken zufriedenstellend ab. Das gute operative Ergebnis wird durch die globale Finanzkrise beeinflusst. Das für 2008 prognostizierte Wirtschaftswachstum wurde nicht ganz erreicht, weil sich die Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte abschwächte.

Die Ertragsausfälle aus der Unternehmenssteuerreform konnten kompensiert werden durch nachträgliche Steuererträge aus Vorjahren; diese resultierten, weil das Wirtschaftswachstum für die Jahre 2005 bis 2007 unterschätzt worden war. Werden die Nachträge aus den Vorjahren herausgerechnet, liegt das Niveau der periodischen Steuererträge insgesamt etwa auf dem Vorjahresniveau. Auf der Aufwandseite wurden die Budgetkredite im Personalbereich und bei den eigenen laufenden Beiträgen unterschritten. Die budgetierten Investitionsausgaben konnten aufgrund von Bauverzögerungen um rund 63 Mio. Fr. nicht ausgeschöpft werden.

Das nicht ausgeschöpfte Investitionsbudget und die hohen Abschreibungen führten zu einem Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen von über 170%. Das Eigenkapital konnte leicht von 208.1 auf 210.3 Mio. Franken erhöht werden. Sowohl Staatsquote wie auch Steuerquote haben seit 2005 kontinuierlich abgenommen; die Staatsquote in den vergangenen drei Jahren um 0.9 Prozentpunkte auf 16.1%, die Steuerquote um 1.7 Prozentpunkte auf 8.6%.

Die Auswirkungen der Finanzkrise sind im Rechnungsabschluss 2008 insofern spürbar, als dass sich der Kurssturz an den Börsen massiv auf die Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse ausgewirkt hat. Dies hat dazu geführt, dass die Rückstellungen für die Ausfinanzierung der Deckungslücke erhöht wurden. Allerdings decken die Rückstellungen nur einen Teil der Deckungslücke.

Die Prognoseinstitute haben die Konjunkturprognosen seit dem 4. Quartal 2008 laufend nach unten korrigiert. Die Wirtschaft befindet sich seit Mitte 2008 in einer Rezession. Für das Jahr 2009 wird prognostiziert, dass die Wirtschaftsleistung in der Schweiz weiter schrumpft. Ob im Jahr 2010 wieder eine Konjunkturerholung einsetzt, hängt entscheidend von einer Stabilisierung des weltwirtschaftlichen Umfelds ab, was derzeit noch mit sehr grosser Unsicherheit behaftet ist. Zum heutigen Zeitpunkt sind die realwirtschaftlichen Nachwirkungen der Finanzkrise schwer abschätzbar.

Es ist absehbar, dass der Handlungsspielraum für neue Aufgaben in den kommenden Jahren aufgrund der konjunkturell bedingt verminderten Steuereinnahmen stark eingeschränkt wird. Der fortschreitende Ausbau der Angebote und die geplanten Bauvorhaben im Hochschulbereich sowie die finanzielle Entwicklung anderer interkantonalen Institutionen weisen darauf hin, dass diese zusätzlichen Finanzbedarf anmelden werden.

Mit der zu erwartenden starken Abkühlung der Wirtschaft stehen Konjunktur- und Finanzpolitik zunehmend in einem Spannungsfeld zueinander. Aufgrund der kleinen, international vernetzten Schweizer Wirtschaft sind die Erfolgsaussichten von konjunkturstützenden Massnahmen sehr ernüchternd. Der Versuch, mittels Steuer- oder Ausgabenveränderungen die Konjunktur zu stimulieren, scheiterte in der Vergangenheit meist. Die Wirkungen traten vielfach zu spät, am falschen Ort oder deutlich unter den Erwartungen ein. Bei Ausgabenerhöhungen des Staates stellen sich oft Mitnahmeeffekte ein. Zudem führen Ausgabenerhöhungen zu einer höheren Verschuldung und zu einem höheren Zinsendienst, welche den zukünftigen Handlungsspielraum noch mehr einschränken. Zudem werden die automatischen Konjunktur-Stabilisatoren in der

Schweiz meist unterschätzt. Zu diesen gehören beispielsweise die gut ausgebaute Arbeitslosenversicherung mit den Regelungen der Maximaldauer von Kurzarbeit.

Kriterien für finanzpolitische Massnahmen zur Konjunkturstabilisierung

Damit finanzpolitische Massnahmen auf die Konjunktur stabilisierend wirken, gibt es gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft SECO gewisse Kriterien, die erfüllt sein müssen:

- *Rasche Umsetzbarkeit der Massnahmen:* Die Wirkung sollte noch im Jahr 2009 einsetzen.
- *Zeitliche Befristung der Massnahmen:* Konjunkturmassnahmen dürfen nicht langfristige politische Stossrichtungen durchkreuzen. Im Vordergrund stehen das langfristige Budgetgleichgewicht, die Eindämmung der Verschuldung. Zusatzausgaben müssen auch inhaltlich eine hohe Priorität aufweisen.
- *Guter Wirkungsgrad der Massnahmen (Kosten-Nutzen-Verhältnis),* d.h. es sollen vor allem diejenigen Bereiche in den Genuss zusätzlicher Nachfrage kommen, welche stark vom Wirtschaftsabschwung betroffen sind.
- *Unterstützung des langfristigen qualitativen Wirtschaftswachstums.*
- *Vermeidung von Mitnahmeeffekten:* Es sollten keine Projekte finanziert werden, welche ohnehin zur gleichen Zeit vom Bund und von den Gemeinden und Unternehmen realisiert worden wären. Wenn Mitnahmeeffekte existieren, ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht optimal.
- *Keine Präjudizierung für die Übernahme von neuen staatlichen Aufgaben.*

Konjunkturstützende Massnahmen im Budget 2009

Der Regierungsrat hat im Rahmen seiner Strategie zur Stärkung der Standortattraktivität und der nachhaltigen Finanzpolitik in den vergangenen Jahren bereits zahlreiche Massnahmen eingeleitet, welche den oben aufgeführten Kriterien entsprechen und eine positive Wirkung auf den Konjunkturverlauf haben. Die in den vergangenen Jahren umgesetzten Steuerreformen (Familienbesteuerung, Unternehmenssteuerreform) sind in Kraft gesetzt worden und führen zu einer jährlichen Entlastung von Unternehmen und Privaten Haushalten im Umfang von insgesamt 121 Mio. Franken.

Der Regierungsrat hat mit dem Budget 2009 Ausgaben beschlossen, welche die Nachfrageseite positiv unterstützen:

- Voller Teuerungsausgleich für die Mitarbeitenden von 2.6 Prozent
- Anpassung der Prämienverbilligung an die Steigerungen des Prämienniveaus
- Erhöhung des Investitionsvolumens um 70 Mio. Fr.

Mit der Einführung der Defizitbremse und der Äufnung des Eigenkapitals kann eine kurze Phase von Haushaltsdefiziten, welche insgesamt 108 Mio. Franken umfassen dürfen, überbrückt werden. Dank der Bildung von Reserven in den vergangenen Jahren ist ein Investitionsniveau von 200 Mio. Franken bis auf weiteres verkraftbar. Diese Massnahmen wirken ebenfalls stabilisierend auf die Konjunktur.

Mit der schweizweiten Einführung der neuen Rechnungslegung HRM2 und des Abschreibungsmodus nach betriebswirtschaftlichen Kriterien wird die Belastung aus den Investitionen gleichmässiger auf die Generationen verteilt.

Diese Auslegeordnung zeigt, dass der Kanton Basel-Landschaft mit den bereits eingeleiteten Massnahmen zahlreiche konjunkturstabilisierende Massnahmen ergriffen hat, welche ihre Wirkung bereits entfalten.

Finanzstrategie in Szenarien

Die Schrumpfung der Wirtschaft führt zu Steuerausfällen und zu Mehrausgaben im Staatshaushalt. Der Finanzplan zeigt, dass sich aufgrund der zahlreichen Automatismen bei den Kostensteigerungen und der konjunkturellen Abschwächung die Schere zwischen Aufwand und Ertrag öffnet. Gegenwärtig erarbeitet der Regierungsrat finanzpolitische Strategien für verschiedene Szenarien der Wirtschaftsentwicklung. Bei den Aufgaben ist noch strikter das Wünschbare vom Notwendigen zu trennen, und eine entsprechende Priorisierung und Posteriorisierung der Vorhaben ist unabdingbar. Im Rahmen der finanzpolitischen Strategie werden Kriterien zur Priorisierung und Posteriorisierung der Vorhaben festgelegt.

Bei der Priorisierung der Vorhaben stehen folgende Zielsetzungen im Zentrum:

1. Keine Verstärkung der rezessiven Tendenzen: Prioritätensetzung bei den Vorhaben neu auch mittels Beurteilung der konjunkturellen Auswirkungen und der Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Basel-Landschaft/Nordwestschweiz
2. Optimierung der staatlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, wie
 - Bedarfsgerechte und leistungsfähige Infrastruktur
 - Moderate Steuerbelastung für Private und Unternehmungen
 - Gesunder Staatshaushalt mit moderater Staatsquote
 - Angemessener Service public
 - Rechtssicherheit
 - Sozialer Frieden
 - Deregulierung, Liberalisierung
3. Aufrechterhaltung des geplanten verstetigten Investitionsniveaus
 Obwohl die Aussichten bei den Bauinvestitionen für 2009 zwar verhalten, aber nicht düster sind, soll am eingeschlagenen Investitionsniveau festgehalten werden. Allenfalls sind verwaltungsinterne Massnahmen notwendig, um sicherzustellen, dass das geplante Investitionsvolumen auch realisiert werden kann.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nachfolgende Tabelle veranschaulicht in einer Mehrjahresübersicht die für den Staatshaushalt wichtigen volkswirtschaftlichen Kennzahlen.

Tabelle 2: Volkswirtschaftliche Kennzahlen.⁵

Angaben in % (Veränderung zum Vorjahr)	R2005	R2006	R2007	R2008	B2008
BIP Wachstum (real) CH	2.5	3.4	3.3	1.8	2.0
BIP Wachstum (real) BL	2.2	3.8	3.2	2.3	2.1
Jahresteuierung (Konsumentenpreisindex)	1.2	1.1	0.8	2.6	1.2
Zinssätze Kapitalmarkt (Rendite eidg.Obl.)	2.1	2.5	2.9	2.9	3.3

Die globale Finanzkrise hat seit September 2008 stark auf die Weltkonjunktur durchgeschlagen. Auch in der Schweiz hat sich die konjunkturelle Abwärtsdynamik seit Mitte 2008 deutlich verstärkt, und die Schweizer Wirtschaft hat sich im Jahr 2008 gegenüber den Vorjahren stark abgekühlt. Die Schweizer Wirtschaft befindet sich seit dem 3. und 4. Quartal 2008 in einer Rezession. Es besteht eine grosse Prognoseunsicherheit bezüglich Dauer und Ausmass der Rezession.

Das Wirtschaftswachstum der Jahre 2005 bis 2007 war höher als bisher angenommen und wurde nach oben korrigiert, währenddem das im Budget 2008 prognostizierte Wirtschaftswachstum von 2.0 Prozent nicht ganz eingetreten ist.

Die markante Eintrübung des internationalen Konjunkturausblicks und die verschärfte Finanzkrise werden die Schweizer Wirtschaft in den nächsten Quartalen zweifellos stark betreffen. Es wird erwartet, dass die Wirtschaftsleistung in der Schweiz im Jahr 2009 weiter schrumpfen wird und dass sich damit die Schweizer Wirtschaft in einer Rezession befindet.

2.2 Finanzlage des Bundes

Das ordentliche Finanzierungsergebnis des Bundes für das Jahr 2008 weist einen Überschuss von 7.3 Milliarden Franken aus und fiel damit um 6.2 Milliarden Franken besser aus als budgetiert. Grund für die Verbesserung sind die Einnahmen, die gegenüber dem Vorjahr um 10% zulegen. Dem ausgezeichneten Ergebnis im ordentlichen Haushalt stehen ausserordentliche Ausgaben von 11 Milliarden Franken gegenüber. Etwa zur Hälfte waren sie bereits im Budget geplant; die Massnahmen des Bundes zur Stärkung des Finanzsystems beanspruchten weitere 5.9 Milliarden Franken. Insgesamt resultiert in der Finanzierungsrechnung somit ein Defizit von 3.6 Milliarden Franken. Die ordentlichen Ausgaben liegen knapp unter dem Budget und nehmen gegenüber dem Vorjahr um 4.9% zu. Die Struktur der Ausgaben verändert sich dabei aufgrund der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA). Dank dem sehr guten Abschluss des ordentlichen Haushalts und dem Abbau von Tresorermitteln konnte die verzinsliche Schuld um mehr als 1 Milliarde Franken weiter reduziert werden. Die Gesamtschuld des Bundes stieg jedoch um knapp 0.8 Milliarden Franken an, was vor allem auf den Sonderfaktor NFA zurückzuführen ist.

⁵ Quelle: BAK Basel Economics.

2.3 Finanzausgleich Kanton - Gemeinden

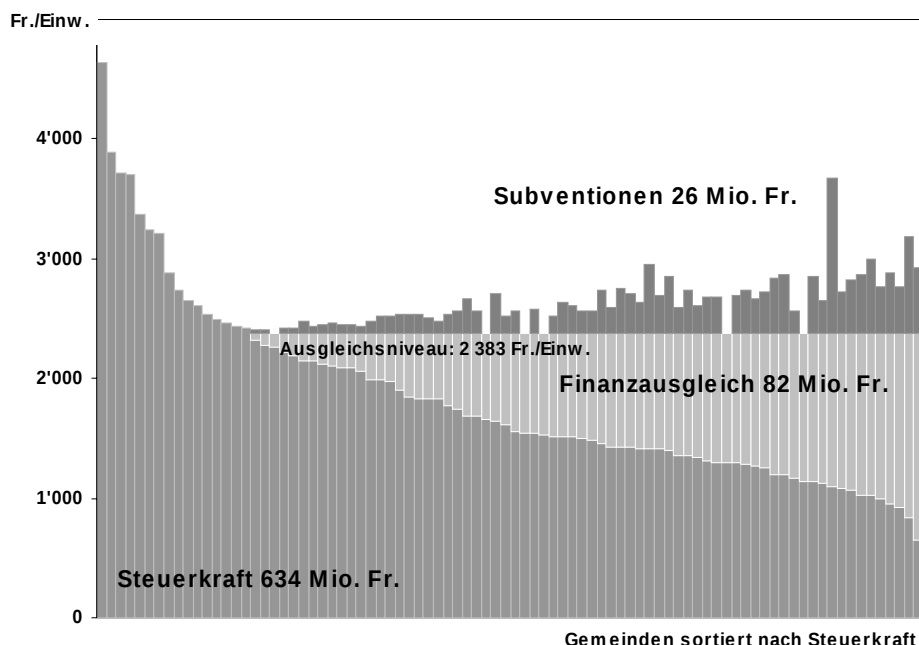
Durch den Finanzausgleich sollen ausgewogene Verhältnisse in der Steuerbelastung sowie in den Leistungen der Gemeinden erreicht werden⁶. Der Kanton leistet als Grundversorgung ungebundene Beiträge an die Gemeinden für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Allen Gemeinden wird ein minimaler Ertrag pro Einwohner garantiert (Ausgleichsniveau 2008: 2'383 Fr./Einw.). Wird dieses Minimum durch die eigene Steuerkraft nicht erreicht, so wird die Differenz aus dem ungebundenen Finanzausgleich ausgeglichen. Über diese Beiträge können die Einwohnergemeinden im Rahmen ihrer Aufgaben frei verfügen. Im Jahr 2008 waren dies 81.8 Mio. Franken. Die Steuerkraft wird nicht auf dem effektiven Steuerfuss, sondern auf einem für alle gleichen fiktiven Steuerfuss berechnet, wodurch diese nicht durch Steuerfusserhöhungen oder -reduktionen manipulierbar ist. Der Regierungsrat kann in Ausnahmefällen ausserordentliche Beiträge aus einem Ausgleichsfonds sprechen. Ausserordentliche Beiträge kann eine Gemeinde als Restfinanzierung an einzelne Aufgaben erhalten, wenn sie diese Aufgaben sonst nicht erfüllen kann oder wenn unzumutbare Belastungen entstehen. Die Summe der ungebundenen Beiträge und die Einlage in den Ausgleichsfonds (vgl. Fonds 8067 im Anhang zur Staatsrechnung; 2008: 2 Mio. Fr.) betragen zusammen jährlich 7% der Staatssteuererträge.

Zusätzlich erhalten die ausgleichsberechtigten Gemeinden einen zweckgebundenen Finanzausgleich in Form von Subventionen an die Besoldungen der Lehrkräfte der Kindergärten und der Primarschulen von maximal 75% der anrechenbaren Kosten. Der Beitragssatz basiert auf der Steuerkraft und ist mit einem Kinderindex modifiziert.

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Steuerkraft (mittelgrau), den ungebundenen Finanzausgleich (hellgrau) und den gebundenen Finanzausgleich (Subventionen, dunkelgrau) für das Jahr 2008.

Abbildung 3: *Finanzausgleich Baselbieter Gemeinden 2008.*

Steuerkraft, ungebundener Finanzausgleich und Subventionen in Fr./Einwohner 2008

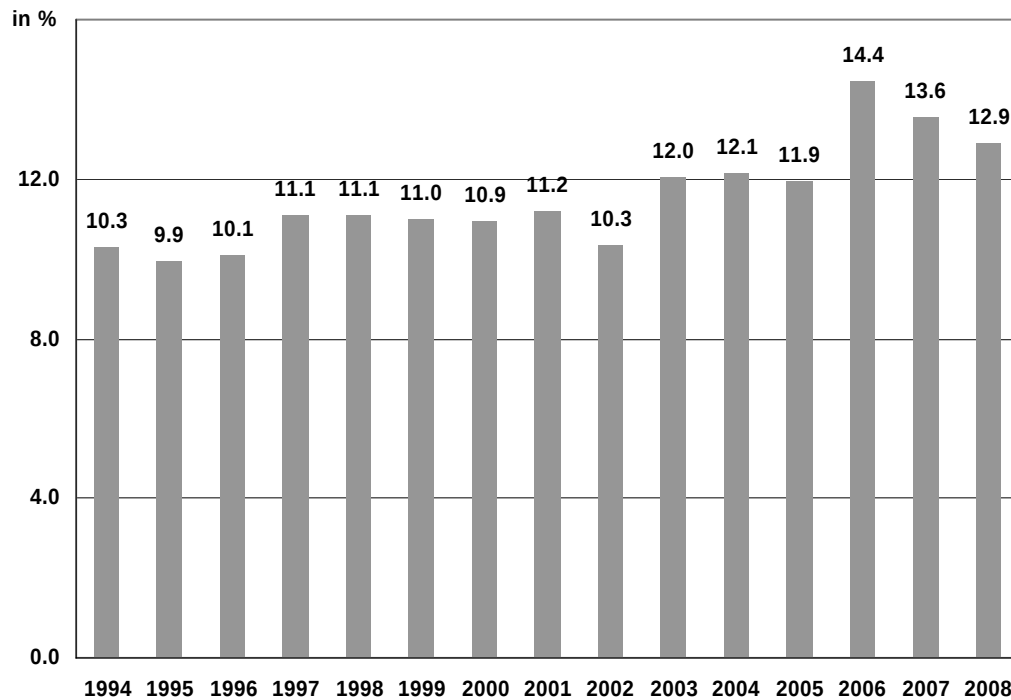


⁶ Verfassung des Kantons Basel-Landschaft, §134, Abs. 2.

Der Anteil des ungebundenen Finanzausgleichs der Gemeinden gemessen an ihrer Steuerkraft hat seit 1994 leicht steigende Tendenz. Machte 1994 der Finanzausgleich noch rund 10% der Steuerkraft aus, so waren es 2006 über 14%. Seither ist dieser Anteil wieder leicht gesunken.

Abbildung 4: Entwicklung Finanzausgleich in % der Steuerkraft der Baselbieter Gemeinden.

Prozentualer Anteil des Finanzausgleichs an der Steuerkraft der Gemeinden seit 1994



Erhöhter Wert im 2006, da die Rechnung 2005 geprägt war durch Steuererträge aus Vorjahren.

Die Basis zu obiger Abbildung zeigt folgende Tabelle mit den absoluten Zahlen der Steuerkraft und dem Finanzausgleich von 1994 bis 2008. Hier ist ersichtlich, dass ein stetiger Anstieg der Steuerkraft überproportional mit einem ebenfalls tendenziell zunehmenden Finanzausgleich einhergeht, was zu der leichten Abnahme des prozentualen Anteils führt.

Tabelle 3: Entwicklung Finanzausgleich und Steuerkraft der Baselbieter Gemeinden.

Jahr	Steuerkraft in Mio. Fr.	Finanzausgleich in Mio. Fr.	Finanzausgleich in % der Steuerkraft
1994	463.0	47.6	10.3
1995	502.0	49.8	9.9
1996	523.0	52.8	10.1
1997	534.0	59.3	11.1
1998	537.0	59.6	11.1
1999	543.0	59.7	11.0
2000	557.0	60.9	10.9
2001	567.0	63.4	11.2
2002	577.0	59.6	10.3
2003	557.0	67.0	12.0
2004	575.0	69.8	12.1
2005	598.0	71.4	11.9
2006	603.0	87.1	14.4
2007	613.0	83.1	13.6
2008	634.0	81.8	12.9

3 Details zur Rechnung 2008

3.1 Laufender Aufwand nach Kontogruppen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die verschiedenen Aufwandkontogruppen im Vergleich zum Budget und zur Vorjahresrechnung.

Tabelle 4: Laufender Aufwand nach Kontogruppen.

	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Budget 2008	Abweichung zu Rechnung 2007		Abweichung zu Budget 2008	
in Mio. Fr.							
30 Personalaufwand	915.5	948.7	960.6	33.2	3.6%	-12.0	-1.2%
31 Sachaufwand	297.9	330.7	327.2	32.8	11.0%	3.4	1.1%
32 Passivzinsen	37.2	41.1	37.8	3.8	10.3%	3.3	8.7%
33 Abschreibungen	175.7	329.9	125.8	154.3	87.8%	204.1	162.3%
34 Anteile / Beiträge ohne Zweckb.	94.9	112.3	109.2	17.3	18.2%	3.0	2.8%
35 Entsch. an öffentl. Gemeinwesen	102.5	94.2	94.1	-8.3	-8.1%	0.1	0.1%
36 Eigene Laufende Beiträge	911.9	884.6	921.8	-27.2	-3.0%	-37.2	-4.0%
37 Durchlaufende Beiträge	80.7	75.6	72.4	-5.1	-6.4%	3.2	4.5%
38 Einlagen in Spez.-Fin. und Fonds	97.6	235.9	36.9	138.4	141.9%	199.0	539.5%
39 Interne Verrechnungen	14.6	14.6	14.2	0.1	0.5%	0.4	3.1%
Gesamttotal Aufwand	2'728.4	3'067.6	2'700.1	339.1	12.4%	367.5	13.6%

Abbildung 5: Abweichungen Aufwand Rechnung 2008 zu Rechnung 2007.

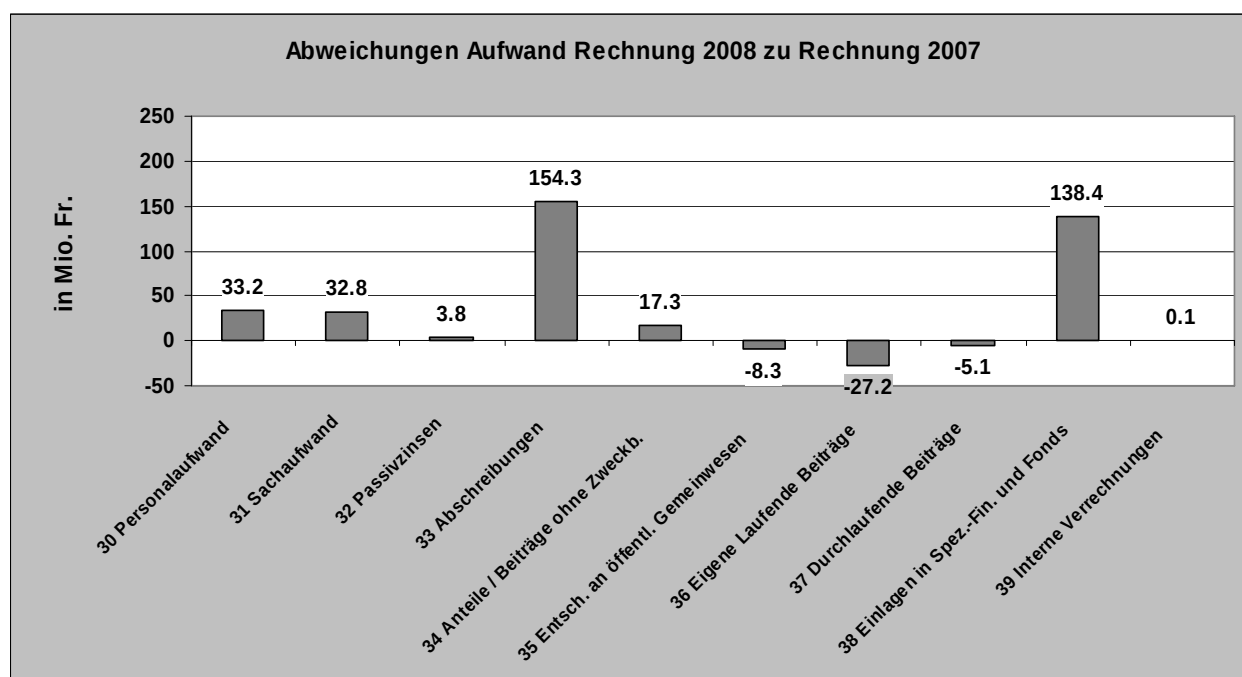
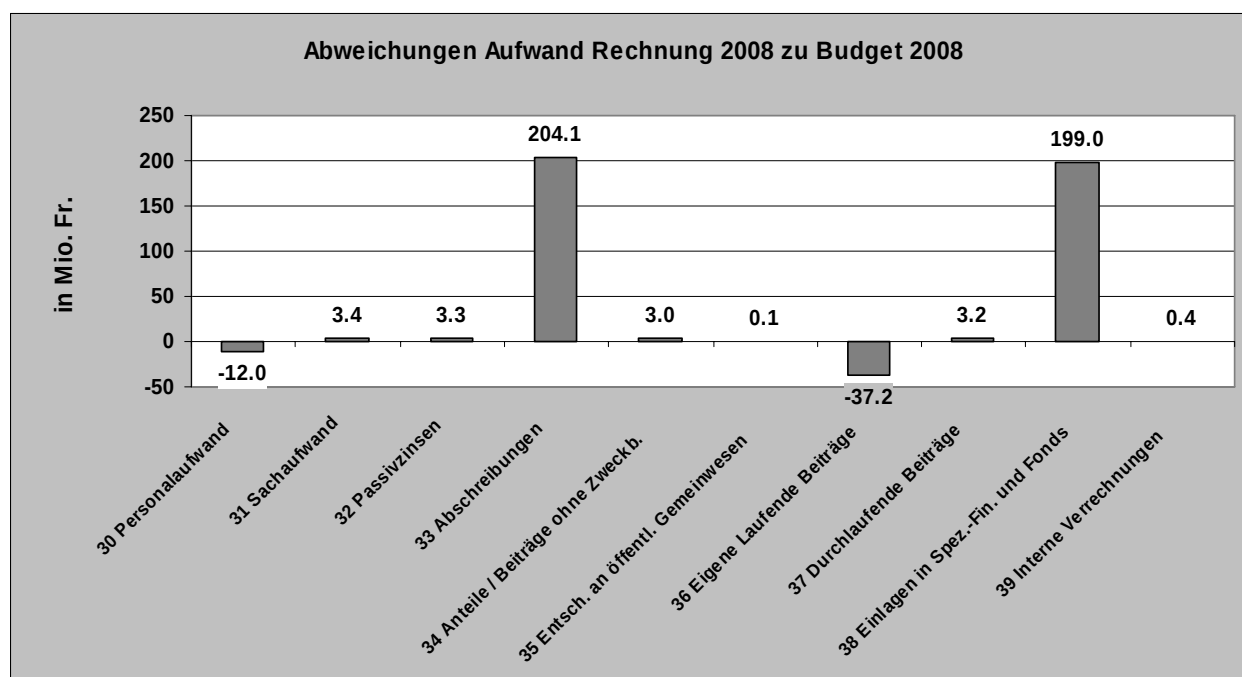


Abbildung 6: Abweichungen Aufwand Rechnung 2008 zu Budget 2008.



Personalaufwand (30)

Der Regierungsrat gibt den Direktionen mit dem Sollstellenplan vor, wie viele Stellen im Durchschnitt im Rahmen des Budgets besetzt werden dürfen. Die Überprüfung des Stellenplans geschieht jeweils stichtagbezogen per 31.12. des Berichtsjahres. Der Vergleich zwischen Sollstellenplan und Stichtag zeigt, dass in der Verwaltung im engeren Sinne am 31.12.2008 insgesamt 82.6 bzw. 3.6% der budgetierten Stellen nicht besetzt werden konnten.

Tabelle 5: Vergleich Sollstellenplan 2008 und Stichtagserhebung per 31.12.2008.

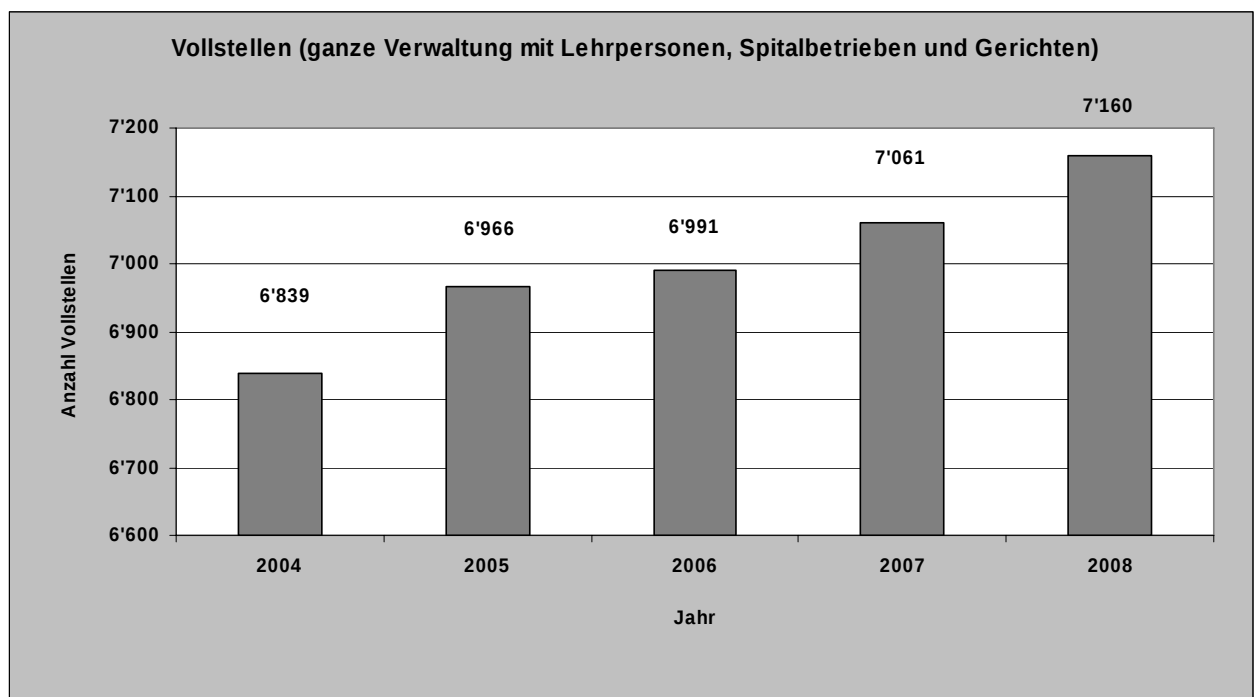
Organisationseinheit	Sollstellenplan 2008	Vollstellen Stichtag 31.12.2008	Differenz
Allg. Verw.	26.0	26.1	0.1
FKD	302.2	285.8	-16.4
VGD (ohne refinanz. Stellen KIGA und Spitalbetriebe)	172.8	162.5	-10.3
BUD	453.1	435.7	-17.4
SID	964.8	944.8	-20.0
BKSD (ohne Lehrpersonen)	401.5	382.8	-18.7
Total (Sollstellenplan)	2320.3	2237.7	-82.6
ausserhalb Sollstellenplan			
Gerichte und Strafverfolgungsbehörden	227.9	221.4	-6.5
VGD Spitalbetriebe	2905.4	3018.3	112.9
VGD refinanz. Stellen KIGA	121.5	114.3	-7.2
BKSD Lehrpersonen	1503.4	1567.9	64.5
TOTAL ZUNAHME STELLEN	7078.5	7159.6	81.1

Diese nicht besetzten Stellen sind das Ergebnis von Verzögerungen bei der Wiederbesetzung. Diese resultieren namentlich bei folgenden Dienststellen bzw. in folgenden Bereichen: Steuerverwaltung (Rekrutierungsprobleme aufgrund mangelnder Konkurrenzfähigkeit bei den Kaderlöhnen), ERP-Projektstellen, Generalsekretariat VGD, KIGA, Tiefbauamt, Amt für Umweltschutz, Kantonspolizei, Nicht-Lehrpersonen bei den Sekundarschulen sowie Archäologie und Kantonsmuseum.

Die Spitalbetriebe haben gegenüber dem Vorjahr 110 Stellen zusätzlich besetzt. Bei den Lehrpersonen verlangte die Klassenbildung eine Erhöhung der Vollstellen.

Die Budgetunterschreitung beim Personalaufwand ist eine Folge der nicht besetzten Stellen, wobei die Minderausgaben bei den Löhnen rund 7.5 Mio. Franken und bei den Sozial- und Personalversicherungsbeiträgen rund 3.5 Mio. Franken ausmachen.

Abbildung 7: Vollstellen (ganze Verwaltung mit Lehrpersonen, Spitalbetrieben und Gerichten).



Sachaufwand (31)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+11.1	Medizinisches Verbrauchsmaterial und Arzthonorare/medizinische Fremdleistungen Spitalbetriebe
-1.6	Berater, Gutachter, Experten; hauptsächlich betreffend ERP-Projekt, da die Projektarbeiten aufgrund von Ausschreibungsbeschwerden später begonnen wurden als geplant
-1.4	EDV-Leistungen Dritter; u.a. durch Verzögerung ERP-Projekt
-2.8	Übrige Dienstleistungen von Dritten; Informatikprojekt AKIS/Net der Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft wird im 2009 gestartet sowie Budgetabweichungen bei den Gerichten
+3.4	Maschinen, Apparate, Instrumente, Werkzeuge; Anschaffungen durch das Kantonsspital Bruderholz

-4.0	Betrieblicher Strassenunterhalt inkl. Nebenanlagen; zum Zeitpunkt der Budgetierung war noch nicht klar, wann die Gründung der NSNW AG (Nationalstrassen Nordwestschweiz) erfolgt
-0.8	Telefongebühren, Porti, Leitungen; vor allem Senkung der Leitungskosten sowie Optimierungen und Ablösungen
-0.5	Diverses
+3.4	Total

Passivzinsen (32)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+1.1	Gestiegene Verzinsung der Fondskontokorrente
+2.1	Erhöhter Vergütungszinssatz Staatssteuern
+0.1	Diverses
+3.3	Total

Abschreibungen (33)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+9.4	Erhöhter Wertberichtigungsbedarf im Steuerbereich sowie Abschreibungen von Forderungen bei den Gerichten infolge lebenslänglicher Freiheitsstrafen und Landesverweisen
+20.9	Abschreibungen Wertschriften des Finanzvermögens insbesondere Buchwert der verkauften Kantonalbank-Zertifikate
-2.7	Tiefere Abschreibungen bei den Spitalbetrieben (-0.5 Mio. Franken), der BUD (-1.5 Mio. Franken) und der SID (-0.7 Mio. Franken)
+93.0	Abschreibung der Beteiligung an den Schweizerischen Rheinhäfen SRH (+19.1 Mio. Franken) sowie Abschreibungen der Werkhöfe und Nationalstrassen wegen Eigentumsübertragung an Bund (NFA) (+73.1 Mio. Franken)
+83.6	Erhöhung bzw. Bildung von Rückstellungen für diverse Prozessrisiken, Deckungslücke Pensionskasse etc.
-0.1	Diverses
+204.1	Total

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (34)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+1.0	Nachbelastung aufgrund der nachträglichen Korrektur des Ressourcenindex beim NFA
+1.5	Aufgrund der über Budget liegenden Ertrags- und Kapitalsteuern fällt die Kirchensteuer höher aus als budgetiert
+0.5	Diverses
+3.0	Total

Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen (35)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

-6.1	Abgeltungen an den Kanton Basel-Stadt in den Bereichen Sozialhilfekosten (-0.8 Mio. Franken), Spitalabkommen (-4.1 Mio. Franken), geschlossene Haftplätze in der Psychiatrischen Universitätsklinik Basel-Stadt (-1.2 Mio. Franken)
+5.9	Abgeltungen an übrige Kantone im Bereich der herzchirurgischen Dienstleistungen (+1.2 Mio. Franken) und der Unterbringung von Häftlingen in ausserkantonalen Anstalten (+4.7 Mio. Franken)
+1.2	Kantonsbeiträge an die Gemeinden für Unterhalt, Miete und Annuitäten der Sekundarschulbauten
-0.9	Diverses
+0.1	Total

Eigene Laufende Beiträge (36)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

-12.0	Tiefere Nachzahlungen im Bereich IV
-2.6	Verzögerungen bei Bauprojekten der Alters- und Pflegeheime
-8.3	Verzögerungen bei Bauprojekten im Bereich des Öffentlichen Verkehrs
-7.9	Geringere Abgeltungen an Transportunternehmungen des öffentlichen Verkehrs aufgrund positiver Ertragsentwicklungen
+12.4	Höhere Beiträge an Heime und IV-Sonderschulen sowie Institutionen für Behinderte
-15.3	Ergänzungsleistungen zu den AHV-/IV-Renten (im Rahmen des NFA)
-3.5	Diverses
-37.2	Total

Einlagen in Spezialfinanzierungen (38)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+194.5	Einlage des Erlöses aus dem Verkauf der Kantonalbank-Zertifikate in den Fonds 8010
+8.3	Einlagen der Globalbudgetbetriebe für Rücklagen
-3.8	Diverses
+199.0	Total

3.2 Laufender Ertrag nach Kontogruppen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die verschiedenen Ertragkontogruppen im Vergleich zum Budget und der Vorjahresrechnung.

Tabelle 6: Laufender Ertrag nach Kontogruppen.

	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Budget 2008	Abweichung zu Rechnung 2007		Abweichung zu Budget 2008	
in Mio. Fr.							
40 Steuern	1'476.9	1'477.2	1'432.9	0.3	0.0%	44.3	3.1%
41 Regalien und Konzessionen	52.8	65.7	65.7	12.9	24.4%	0.0	0.1%
42 Vermögenserträge	100.6	300.8	85.6	200.2	198.9%	215.2	251.4%
43 Entgelte	476.0	523.4	478.8	47.4	10.0%	44.6	9.3%
44 Anteile / Beiträge ohne Zweckb.	139.5	108.2	93.2	-31.4	-22.5%	14.9	16.0%
45 Rückerst. von öff. Gemeinwesen	62.9	65.3	63.9	2.4	3.8%	1.4	2.1%
46 Lauf. Beiträge für eig. Rechnung	304.8	345.9	374.4	41.2	13.5%	-28.5	-7.6%
47 Durchlaufende Beiträge	80.7	75.6	72.4	-5.1	-6.4%	3.2	4.5%
48 Entn. aus Spez.-Fin. und Fonds	42.3	93.2	23.2	50.9	120.4%	70.1	302.3%
49 Interne Verrechnungen	14.4	14.4	14.0	0.1	0.5%	0.4	3.1%
Gesamttotal Ertrag	2'750.9	3'069.8	2'704.0	318.8	11.6%	365.7	13.5%

Abbildung 8: Abweichungen Ertrag Rechnung 2008 zu Rechnung 2007.

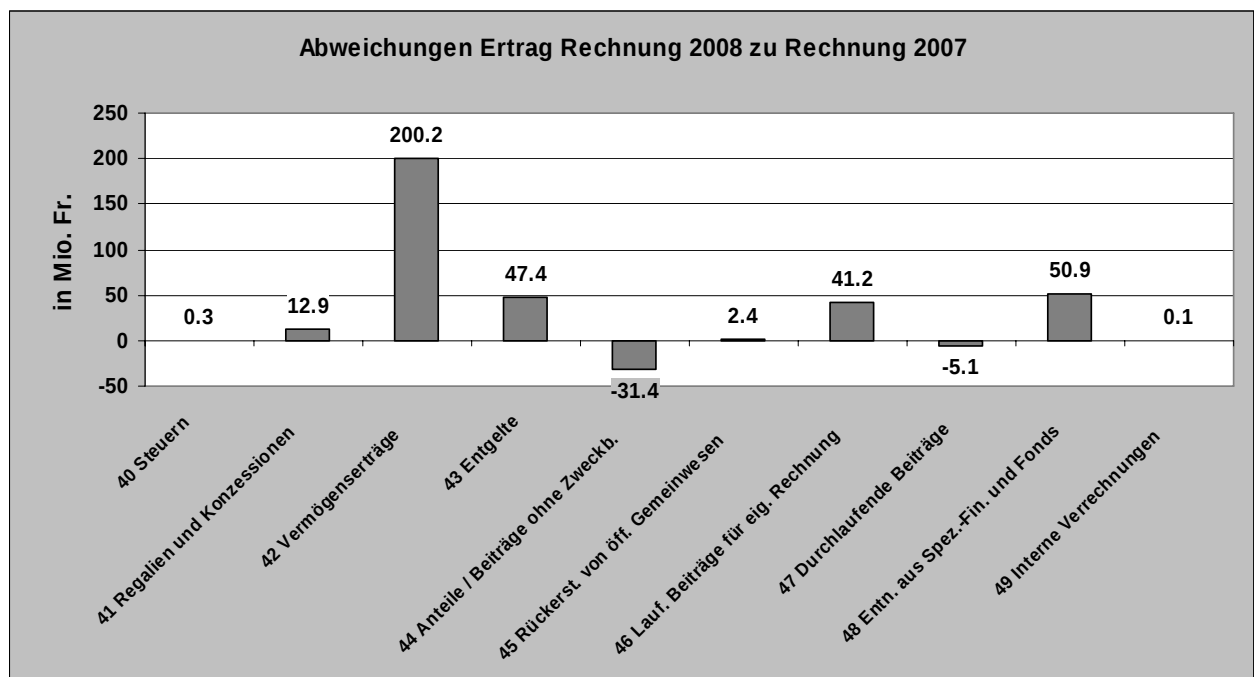
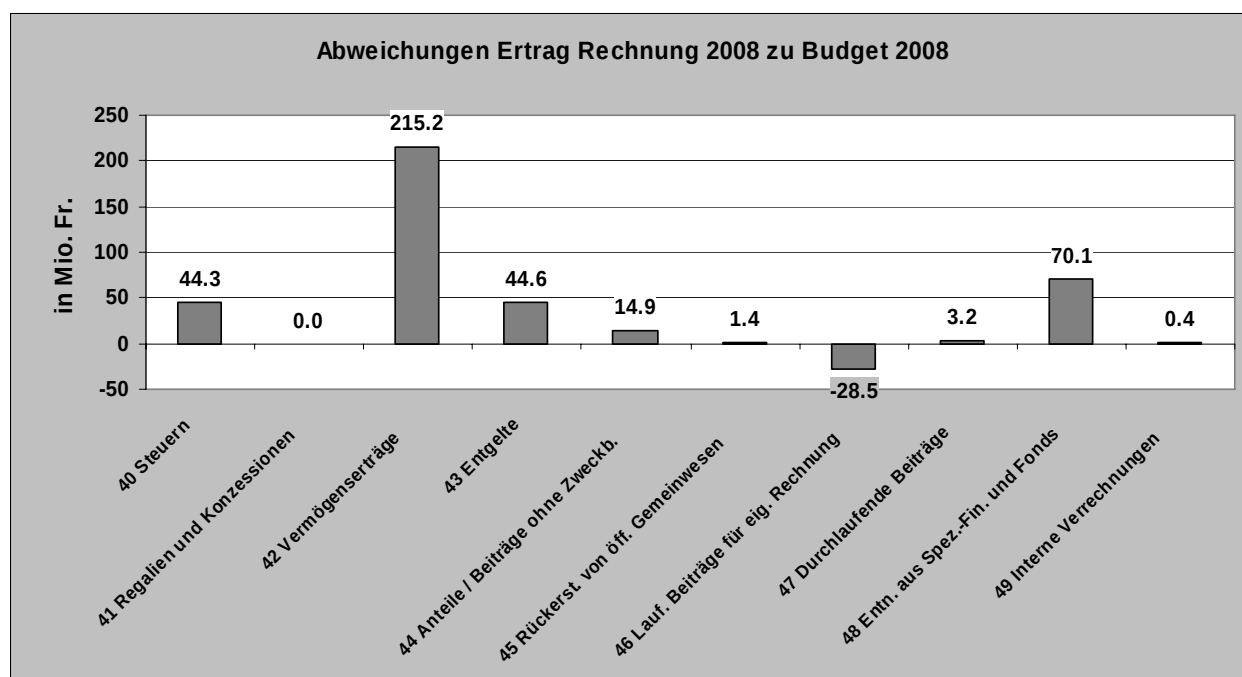


Abbildung 9: Abweichungen Ertrag Rechnung 2008 zu Budget 2008.



Steuern (40)

Auf Grund von Neueinschätzungen bei den vier periodischen Steuerarten (Einkommen, Vermögen, Ertrag, Kapital) ist mehrheitlich eine positive Abweichung im Vergleich zum Budget zu verzeichnen (vgl. Dienststellenkommentare FKD zu Rubrik 2115).

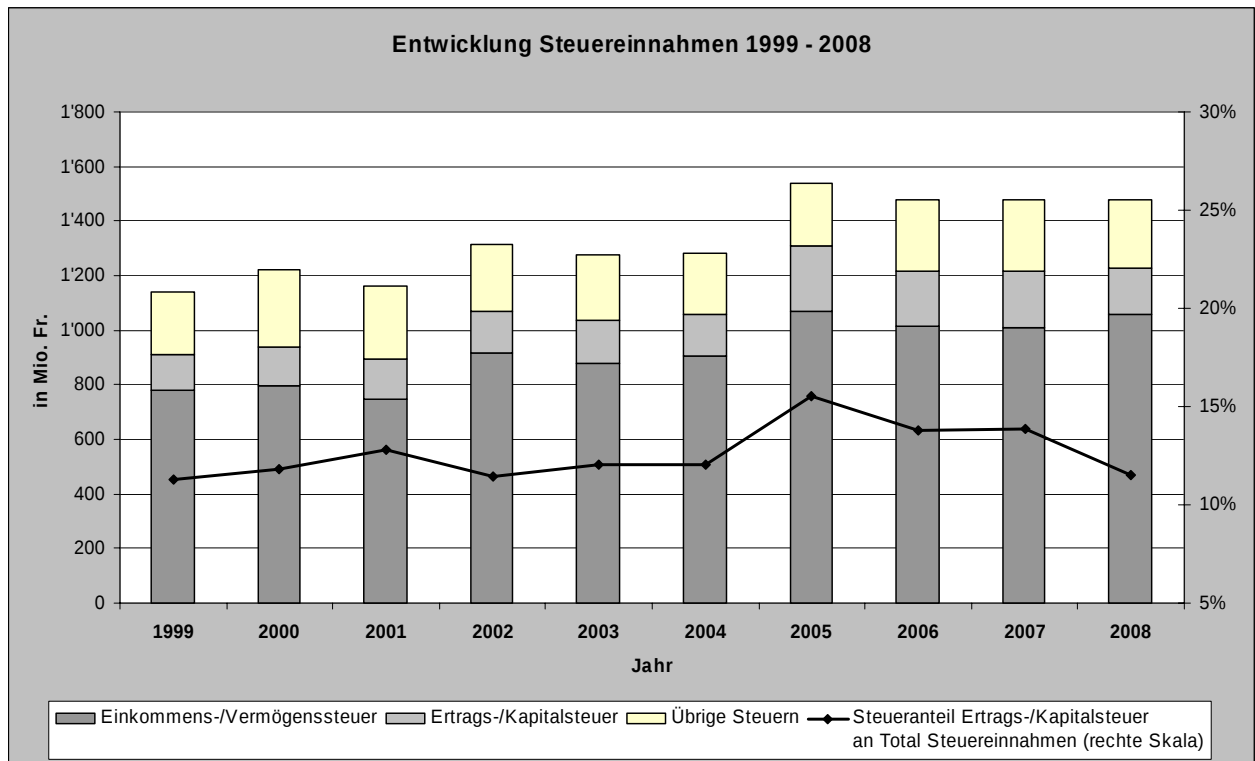
Die gesamten Steuererträge gliedern sich wie folgt:

Tabelle 7: Steuererträge gegliedert nach Arten.

	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Budget 2008	Abweichung zu Rechnung 2007		Abweichung zu Budget 2008	
in Mio. Fr.							
Einkommenssteuer nat. Personen	872.6	935.0	901.0	62.3	7.1%	34.0	3.8%
Vermögenssteuer nat. Personen	137.4	121.5	121.0	-15.9	-11.5%	0.5	0.4%
Grenzgänger, Nach- und Straf- steuern, Doppelbest.-Abkommen	41.6	38.9	42.5	-2.8	-6.6%	-3.6	-8.6%
Ertragssteuer juristische Personen	185.3	155.5	127.0	-29.8	-16.1%	28.5	22.4%
Kapitalsteuer juristische Personen	19.3	14.7	13.7	-4.6	-23.9%	1.0	7.5%
Kirchensteuer jurist. Personen	10.2	8.5	7.0	-1.7	-16.8%	1.5	21.0%
Steuer auf Kapitalabfind. 2./3. Säule	16.1	16.3	14.0	0.2	1.2%	2.3	16.1%
Grundstückgewinnsteuer	33.1	26.1	34.0	-6.9	-21.0%	-7.9	-23.1%
Handänderungssteuer	31.7	30.4	32.0	-1.2	-3.9%	-1.6	-4.9%
Erbschafts- und Schenkungssteuer	33.8	33.1	40.0	-0.7	-2.1%	-6.9	-17.3%
Verkehrssteuer	95.8	97.3	100.6	1.4	1.5%	-3.4	-3.4%
Gesamttotal Steuern	1'476.9	1'477.2	1'432.9	0.3	0.0%	44.3	3.1%

Nachfolgende Abbildung zeigt die Entwicklung der gesamten Steuereinnahmen der letzten zehn Jahre.

Abbildung 10: Entwicklung Steuereinnahmen 1999 bis 2008.



Die Steuererträge der vier periodischen Steuerarten sind nachfolgend getrennt mit dem Ausweis der Erträge aus Vorjahren (basierend auf der aktuellsten Erwartungsrechnung) dargestellt.

Tabelle 8: Abgrenzung Vorjahre der periodischen Steuererträge.

	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Budget 2008	Abweichung zu Rechnung 2007		Abweichung zu Budget 2008	
in Mio. Fr.							
Einkommenssteuer nat. Pers. 07/08	875.0	926.5	901.0	51.4	5.9%	25.5	2.8%
Abgrenzung Vorjahre	-2.4	8.5					
Total	872.6	935.0	901.0	62.3	7.1%	34.0	3.8%
Vermögenssteuer nat. Pers. 07/08	123.0	115.0	121.0	-8.0	-6.5%	-6.0	-4.9%
Abgrenzung Vorjahre	14.4	6.5					
Total	137.4	121.5	121.0	-15.9	-11.5%	0.5	0.4%
Ertragssteuer juristische Pers. 07/08	175.5	133.1	127.0	-42.4	-24.2%	6.1	4.8%
Abgrenzung Vorjahre	9.8	22.4					
Total	185.3	155.5	127.0	-29.8	-16.1%	28.5	22.4%
Kapitalsteuer juristische Pers. 07/08	17.2	13.4	13.7	-3.8	-22.2%	-0.3	-2.0%
Abgrenzung Vorjahre	2.1	1.3					
Total	19.3	14.7	13.7	-4.6	-23.9%	1.0	7.5%
Total periodische Steuern 07/08	1'190.7	1'188.0	1'162.7	-2.8	-0.2%	25.3	2.2%
Abgrenzung Vorjahre	23.9	38.7					
Total	1'214.6	1'226.7	1'162.7	12.0	1.0%	64.0	5.5%

Mit der seit anfangs 2008 geltenden Unternehmenssteuerreform verfolgte der Regierungsrat eine doppelte Strategie: Zum einen wollte er die bereits im Kanton ansässigen Unternehmen steuerlich entlasten, ihnen damit attraktivere Rahmenbedingungen bieten und so seinen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen leisten. Zum anderen sollte die Attraktivität des Kantons Basellandschaft als Unternehmensstandort gefördert und damit seine Position im Konkurrenzkampf um die Ansiedlung neuer Unternehmen verbessert werden.

Die Einführung eines proportionalen Gewinnsteuertarifs mit einer Belastung von 6 % bis zu einem Gewinn von 100'000 Franken und von 12 % für darüber liegende Gewinnanteile bildete den finanziell gewichtigsten Reformpunkt. Der ursprünglich auf Basis der Steuerperiode 2003 errechnete Minderertrag wurde anhand der Gewinnsituation von 2007 bei überdurchschnittlich ertragreichen Unternehmen überprüft: Er beträgt unverändert rund 30 Prozent des bisher fakturierten Steuerertrags. Der für 2007 aktuell erwartete Ertrag liegt dank der guten konjunkturellen Entwicklung in den Jahren 2006 und 2007 um 13 Millionen Franken höher als bei der Budgeterstellung 2008 angenommen. Im Gegensatz dazu dürfte das Gewinnwachstum für 2008 deutlich tiefer liegen als damals unterstellt. Trotzdem wird für 2008 mit 133 Millionen Franken Ertrag gerechnet anstelle von 127 Millionen Franken wie budgetiert.

Bei der Kapitalsteuer wurde der Steuersatz beim Staat auf 1 % halbiert und gleichzeitig die Indizierung des massgeblichen Kapitals aufgehoben; netto erfolgte eine Entlastung um rund 28 Prozent. Da das effektive Wachstum des Kapitalsteuerertrags im 2005 um 300'000 Franken tiefer ausfiel als zum Zeitpunkt der Budgetierung für 2008 erwartet, liegt der Ertrag für alle Folgejahre deutlich tiefer. Auf diesen Basiseffekt ist auch der Minderertrag von 300'000 Franken gegenüber dem Budgetwert für 2008 zurückzuführen.

Vermögenserträge (42)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+2.7	Gestiegene Zinseinnahmen aus Bank-/Postkontokorrenten, Fondskontokorrenten und Festgeldanlagen
+5.3	Aufgrund der Familien- und Unternehmenssteuerreform gab es zu hohe Vorausrechnungen für die Jahre 2007 und 2008, welche als Basis der Vergütungszinsberechnungen dienten und somit zu latenten Vergütungszinsen führte
+6.2	Buchgewinn aus Verkauf einer im Baurecht abgegebenen Liegenschaft an die Baurechtnehmerschaft
+195.0	Bruttoerlös (vor Gebühren) aus dem Verkauf der Kantonalbank-Zertifikate (siehe auch "Einlagen in Spezialfinanzierungen (38)")
+2.0	Anteil am Reingewinn der Basellandschaftlichen Kantonalbank
+4.0	Diverses
+215.2	Total

Entgelte (43)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+22.9	Pflegekosten und Erträge aus medizinischen Leistungen
+4.2	Rückerstattung Lohnaufwand, EO und Unfallgelder
+4.1	Erträge aus Arzthonoraren bei den Spitalbetrieben
+9.0	Mehrerträge aus Polizeibussen bei Baustellen
+4.4	Diverses
+44.6	Total

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (44)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+1.9	Anteil an der Direkten Bundessteuer
+12.1	Mehr Kantonsanteil an der Verrechnungssteuer infolge weniger Rückerstattungsanträge beim Bund
+0.9	Diverses
+14.9	Total

Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen (45)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+1.2	Rückerstattungen Kanton Solothurn; hauptsächlich im Spitalbereich sowie dem Sekundarschulbereich
+0.2	Diverses
+1.4	Total

Laufende Beiträge für eigene Rechnung (46)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

-25.7	Beiträge vom Bund; v.a. Ergänzungsleistungen zu den AHV-/IV-Renten (-3.0 Mio. Franken) und Prämienverbilligung (-12.2 Mio. Franken) infolge Einführung des NFA, Bereich Hochleistungsstrassen betreffend NSNW (-7.7 Mio. Franken, siehe auch Kommentar zu "Sachaufwand (31)")
+2.3	Beiträge von Gemeinden im Bereich Heime und Sonderschulen für die ausfallenden IV-Beiträge gemäss Beschlüssen NFA des Regierungsrats
-7.0	Gemeindebeiträge an die Ergänzungsleistungen AHV/IV
+1.9	Diverses
-28.5	Total

Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds (48)

Wesentliche Budgetabweichungen (in Mio. Franken):

+69.4	Entnahme Rückstellungen im Zusammenhang mit der Eigentumsübertragung (NFA) der Anlagen der Nationalstrassen (ausserordentliche Abschreibungen siehe unter 33)
+0.7	Diverses
+70.1	Total

3.3 Wichtigste Abweichungen gegenüber dem Vorjahr

Nachfolgend sind die grössten Gesamtabweichungen und wichtigsten Einzelabweichungen der Laufenden Rechnung 2008 gegenüber dem Vorjahr aufgelistet. Die Gesamtabweichung beläuft sich auf -20.3 Mio. Franken.

Wesentliche Abweichungen zur Vorjahresrechnung (in Mio. Franken):

+33.2	30 Personalaufwand Teuerungsausgleich von 1.3 % sowie Zunahme der Stellen (Spitalbetriebe)
+32.8	31 Sachaufwand Medizinisches Verbrauchsmaterial und Arzthonorare Spitalbetriebe +8.7 Mio. Fr., Informatik, EDV-Lizenzen und EDV-Leistungen Dritter (+ 7.9 Mio. Fr.), Unterhalt von Gebäuden und Strassen (+ 4.5 Mio. Fr.)
+154.3	33 Abschreibungen Unerhältliche Gebühren und Guthaben bei Bezirksschreibereien (+ 9.8 Mio. Fr.), Wertberichtigung Finanzvermögen (KB-Zertifikate) (+ 17.3 Mio. Fr.), Rückstellungen (für Prozessrisiken, Altlasten, Schliessung Deckungslücke der PK) (+ 52.2 Mio. Fr.), Wertberichtigung Anlagen NSNW und Beteiligung Rheinhäfen (+ 77.2 Mio. Fr.)
+17.3	34 Anteile / Beiträge ohne Zweckbindung Ressourcenausgleich an andere Kantone (NFA) +16 Mio. Fr., Härteausgleich an andere Kantone (NFA) +4.3 Mio. Fr., Anteile Landeskirchen an Kirchensteuern jur. Personen -1.7 Mio. Fr., Finanzausgleich an Gemeinden -1.4 Mio. Fr.
-27.2	36 Eigene Laufende Beiträge Wegfall Beiträge des Kantons an die AHV/IV mit der Einführung des NFA -118.1 Mio. Fr., Beiträge an Heime und Institutionen für Behinderte +85.7 Mio. Fr., Beiträge an private Haushalte für Ergänzungsleistungen zu den AHV-/IV-Renten +31.5 Mio. Fr., Uni-Beitrag (Wegfall Darlehen) -28.5 Mio. Fr.
+138.4	38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds Einlage in Fonds 8010 (Erlös aus Verkauf Kantonalbank-Zertifikaten) + 129.5 Mio. Fr. und Rücklagen der Spitalbetriebe + 8.4 Mio. Fr.
+12.9	41 Regalien und Konzessionen Anteil am Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank +12.4 Mio. Franken
+200.2	42 Vermögenserträge Hauptsächlich bestehend aus dem Erlös aus dem Verkauf der Kantonalbank-Zertifikate
+47.4	43 Entgelte Pflegetaxen der Spitalbetriebe und Erträge aus Arzthonoraren +21.4 Mio. Fr., Gerichtsgebühren + 4 Mio. Fr., Busseneinnahmen Polizei +9.3 Mio. Fr., Aufwertungsgewinn Sachanlagen Rheinhäfen +11.5 Mio. Franken
-31.4	44 Anteile / Beiträge ohne Zweckbindung Kantonsanteil an der Verrechnungssteuer +15.2 Mio. Fr., Anteil an der Direkten Bundessteuer -47 Mio. Fr.
+41.2	46 Laufende Beiträge für eigene Rechnung Bundesbeiträge Ergänzungsleistungen AHV/IV und Prämienverbilligung +27.1 Mio. Fr., Bundesbeiträge für Berufsberatung +8.7 Mio. Fr., Gemeindebeiträge für EL AHV/IV und Heime u. IV-Sonderschulen + 4.8 Mio. Fr.
+50.9	48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds Auflösung Rückstellungen für Eigentumsübertrag Nationalstrassen an Bund (NFA)

4 Besondere Faktoren im Rechnungsjahr 2008

4.1 Gründung der Nationalstrassen Nordwestschweiz AG (NSNW AG)

Als Folge des NFA gingen per 1.1.2008 die Nationalstrassen in das Eigentum vom Bund über. Da der Bund über keine eigene Organisation zum Betrieb der Nationalstrassen verfügte, war er auf die bisherigen Betreiber aus den kantonalen Verwaltungen angewiesen. Die Nordwestschweizer Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Solothurn haben sich entschlossen, für den Betrieb der Nationalstrassen auf dem Gebiet dieser Kantone eine Aktiengesellschaft zu gründen. Mit Beschluss vom 29. November 2007 (LRV 2007-176) hat der Landrat dem Antrag für die Gründung der NSNW AG entsprochen. Da zum Zeitpunkt der Budgetierung 2008 noch nicht klar war, auf welchen Zeitpunkt die NSNW AG gegründet wird, wurde das Budget für das gesamte Jahr 2008 auf denselben Grundlagen wie in den Vorjahren erarbeitet.

Mit der Gründung der NSNW auf den 1. März 2008 ging die Budgethoheit für den gesamten betrieblichen Unterhalt der Strassen A2, H2 und H18 an die NSNW AG über. Sämtliche Kosten für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der A2 für die Monate Januar und Februar 2008, welche der Kanton Basel-Landschaft im Sinne einer Übergangslösung vorfinanzierte, wurden der NSNW bzw. dem Bund in Rechnung gestellt.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Landratsvorlage lagen noch keine Informationen zum Jahresabschluss 2008 der NSNW AG vor.

4.2 Schweizerische Rheinhäfen als öffentlich-rechtliche Anstalt

Der Staatsvertrag zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffend Zusammenlegung der Rheinschiffahrtsgesellschaft Basel und der Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft zu einer Anstalt öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit mit Sitz in Birsfelden unter dem Namen "Schweizerische Rheinhäfen" (Ports Rhénans Suisses; Swiss Rhine Ports) wurde per 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt (vgl. LRV 2006-165). Der Zweck der neu gebildeten Unternehmung ist die Förderung der Grossschiffahrt als ökologischer Verkehrsträger von nationaler Bedeutung und der verkehrsträgerübergreifende Betrieb von Hafenanlagen.

Gemäss definitiver Übergabe- und Eröffnungsbilanz beträgt das Dotationskapital des Kantons Basel-Landschaft 19'080'197.-- Franken. Der Aufwertungsgewinn der Sachanlagen zu Gunsten der Staatsrechnung 2008 beträgt 11.5 Mio. Franken (budgetiert waren 14 Mio. Fr.). Der Kantonsanteil am Jahresergebnis 2008 beträgt 4.2 Mio. Fr.

4.3 Neuer Finanzausgleich (NFA)

Am 1. Januar 2008 trat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft. Die entsprechenden Vorkehrungen für die Umsetzung der NFA wurden fristgerecht erledigt. Dafür wurde die Landratsvorlage 2007/021 "Gesetz über die Umsetzung NFA und die Lastenverteilung auf Kanton und Gemeinden" in einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe erarbeitet und anschliessend mit Gemeindevertretern einer von beiden Seiten getragenen Lösung zugeführt. Am 21. Juni 2007 genehmigte der Landrat einstimmig das Gesetz und das Dekret über die Umsetzung NFA und die Lastenverteilung auf Kanton und Gemeinden. Aufgrund der zusätzlichen finanziellen Belastung der Gemeinden durch die Einführung der NFA wurde im Einvernehmen mit den Gemeinden ein Ausgleich der Spitexkosten vereinbart. Entsprechend betrug der EL-Gemeindeanteil ab 1. Januar 2008 neu 56.6% (2007: 64.5%).

Auf folgende Bereiche der Laufenden Rechnung 2008 hatte die NFA im Vergleich zur Rechnung 2007 die grössten finanziellen Auswirkungen (siehe auch 'Dienststellenkommentare' betreffend NFA der einzelnen Direktionen):

- 127.8 Mio. Franken Saldoverbesserung aufgrund des Wegfalls der Kantonsbeiträge an die AHV und IV,
- 54 Mio. Franken Saldoverschlechterung in der Behindertenhilfe (Stand Februar 2009) aufgrund des Wegfalls der IV-Beiträge,
- 47.0 Mio. Franken Saldoverschlechterung aufgrund der Änderung bei der direkten Bundessteuer,
- 26.5 Mio. Franken Saldoverschlechterung in der Sonderschulung (Stand Februar 2009), die überwiegend durch die Übernahme der bisherigen IV-Leistungen zu erklären sind (Wegfall der Betriebsbeiträge und der Individualleistungen),
- 15.2 Mio. Franken Saldoverbesserung aufgrund der Änderung bei der Verrechnungssteuer,
- 12.4 Mio. Franken Saldoverbesserung aufgrund der Änderung bei der Verteilung des Reingewinns der Schweizerischen Nationalbank,
- 9.7 Mio. Franken Saldoverschlechterung aufgrund der Neuregelung betreffend Ergänzungsleistungen an AHV und IV.

Zudem musste der Kanton Basel-Landschaft - als ressourcenstarker Kanton - für den Ressourcenausgleich 16.0 Mio. Franken und für den Härteausgleich 4.3 Mio. Franken einzahlen.

Die NFA ist grundsätzlich umgesetzt. In den folgenden beiden Bereichen gibt es noch Folgearbeiten:

- Die Konzepte Behindertenhilfe und Sonderschulung, die in den Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung von den Kantonen verlangt werden, liegen vor und werden nach durchgeführtem Konsultationsverfahren dem Bundesrat (Konzept Behindertenhilfe) beziehungsweise dem Regierungsrat (Konzept Sonderschulung) Ende 2009 zur Genehmigung vorgelegt. Beide Konzepte werden gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt als Konzepte beider Basel erstellt. Sie bilden die Grundlage für die Übernahme der Aufgaben in der Behindertenhilfe und der Sonderschulung nach Ablauf der Übergangsfrist Ende 2010.

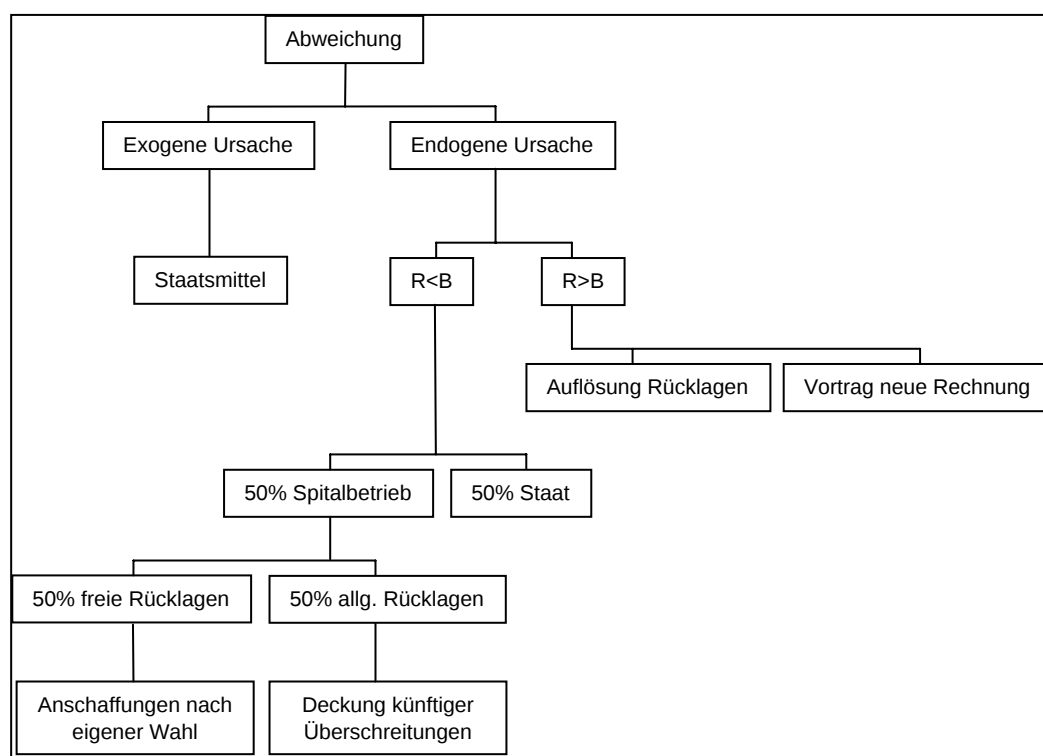
Die provisorische EL-Kostenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden wird im Rahmen der Totalrevision des (innerkantonalen) Finanzausgleichsgesetzes abgelöst. Die entsprechende Landratsvorlage wird im 1. Quartal 2009 an den Landrat überwiesen. Das neue Finanzausgleichsgesetz soll auf den 1. Januar 2010 in Kraft treten.

4.4 Abrechnung der Globalbudgets der Spitalbetriebe

Die auf den 1. Januar 2008 bei den Spitalbetrieben eingeführten Globalbudgets werden auf der Basis der Verordnung zum Globalbudget der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste (Globalbudget-Verordnung; SGS 310.12) abgerechnet. Mit der Anwendung der Globalbudgets soll die Finanzierung stärker mit dem Leistungsauftrag verbunden werden. Zudem erhalten die Spitäler grösseren unternehmerischen Handlungsspielraum, was ihnen wiederum ermöglicht, das Optimierungspotential besser auszuschöpfen und effiziente Leistungen zu erbringen. Das langfristige Ziel besteht darin, die Verrechnung der Leistungen mittels Fallkostenpauschalen nach dem System der sogenannten Swiss-DRG's (Diagnosis Related Groups) vorzunehmen. Die Einführung dieser diagnosebezogenen Fallkostenpauschalen gemäss Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) vom 21. Dezember 2007 ist per 1. Januar 2012 geplant. Bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt die Bemessung der Globalbudgets auf Basis von Pflgetagen und Pflgetaxen.

Das Globalbudget ist definiert als Voranschlag der laufenden Rechnung und entspricht dem Saldo von Aufwand und Ertrag. Weichen Rechnungssaldo und Budgetsaldo voneinander ab, werden die Ursachen ermittelt. Die Abweichungen zwischen Budget 2008 und Rechnung 2008 wurden gemäss §§ 12 - 14 der Globalbudget-Verordnung in exogene⁷ und endogene Faktoren unterteilt. Beruht die Saldoabweichung auf exogenen Faktoren, so wird die Saldoüberschreitung vom Kanton ausgeglichen bzw. wird die Saldounterschreitung dem Kanton gutgeschrieben. Endogene Ursachen hingegen führen dazu, dass bei einer Saldounterschreitung je 50% dem Kanton und dem jeweiligen Spitalbetrieb gutgeschrieben werden. Dabei müssen die Spitäler wiederum je 50% den allgemeinen und freien Rücklagen zuführen. Eine Saldoüberschreitung muss vom jeweiligen Spitalbetrieb durch Auflösung von in den Vorjahren gebildeten Rücklagen oder als Verlustvortrag auf die neue Rechnung übernommen werden (vgl. Abbildung 11).

Abbildung 11: Verfahren mit Budgetüber-/ unterschreitungen.



⁷ Exogene Faktoren können vom Leistungserbringer nicht beeinflusst werden (z.Bsp. nicht voraussehbare Entscheide von Behörden mit Auswirkungen auf die Kosten- und Ertragssituation eines Spitals, Änderungen der Bundesgesetzgebung über die Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung und des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag während der Globalbudgetperiode, etc.).

Im Abschluss 2008 weisen die Kantonsspitäler und die Kantonalen Psychiatrischen Dienste folgende Saldoabweichungen (Saldo Budget 2008 abzüglich Saldo Rechnung 2008 = Abweichung B08/R08) auf:

Tabelle 9: Abschluss der Globalbudgets der Spitalbetriebe; Rücklagenbildung.

in Fr.	Saldo vor Verrechnung der Abweichung	Abweichung B08/R08	Exogene Ursachen	bereinigte Abweichung	Endogene Ursachen			def. Saldo Rechnung 2008
			Staatsmittel		Vortrag Rechnung 2009	Freie Rücklagen	Allgemeine Rücklagen	
KSL	-44'100'677	11'560'622		11'560'622		2'890'156	2'890'156	-49'880'989
KSB	-49'064'681	-842'991		-842'991	-842'991			-48'221'690
KSLa	-8'127'559	1'557'580		1'557'580		389'395	389'395	-8'906'349
KPD	-33'679'939	2'809'471	-615'000	3'424'471		856'118	856'118	-35'392'175
Total	-134'972'856	15'084'682	-615'000	15'699'682	-842'991	4'135'669	4'135'669	-142'401'203

* "-" = Saldoüberschreitung; "+" = Saldounterschreitung

Die von den Spitälern KSL, KSLa und KPD gebildeten Rücklagen sind deren Guthaben, welche von ihnen als Rückstellungsaufwand verbucht werden. Die Überschreitung des Globalbudgets im Falle des KS Bruderholz hingegen wird auf die neue Rechnung vorgetragen und durch eine Ertragsbuchung kompensiert, um den Rechnungsabschluss auf die im Budget 2008 bewilligten Überschreitung von -48'221'690 Franken anzupassen.

Mit Ausnahme des Kantonsspitals Bruderholz haben alle Spitalbetriebe das Globalbudget unterschritten. Bei der Saldounterschreitung von 15.7 Mio. Franken ist zu berücksichtigen, dass bei den KPD exogene Kosten im Umfang von 0.6 Mio. Franken angefallen sind.

Die beim Kantonsspital Liestal ausgewiesene Saldounterschreitung resultiert aus erneut gestiegenen Leistungen im stationären und ambulanten Bereich und den damit verbundenen Mehrerträgen sowie einer Verschiebung der Patientenstruktur innerhalb der Versicherungsklassen (Pflegetage 1. Klasse: +13.7% / Pflegetage 2. Klasse: +13.1%).

Die Ursachen für die Saldoüberschreitung beim Kantonsspital Bruderholz liegen primär bei einer zu tief geplanten Nachfrageentwicklung und zu gering berechneten Ertragseinbussen im Tarifbereich. Die Anzahl Pflegetage wurde durch eine verkürzte durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Vergleich zu den budgetierten Pflegetagen unterschritten. Hingegen fiel die Anzahl Fälle höher aus als budgetiert, gleiches gilt für die ambulanten Behandlungen.

Die Saldounterschreitung beim Kantonsspital Laufen ist tariflich bedingt und zusätzlich auf eine gesteigerte Leistungserbringung im ambulanten Bereich zurückzuführen.

Die Saldounterschreitung bei den Kantonalen Psychiatrischen Diensten ist unter anderem auf die Zunahme der behandelten Patientenzahl sowie der hohen Anzahl an abgerechneten Taxpunkten zurückzuführen. Dabei sind exogene Kosten von 615'000 Franken aufgrund der Mehrbelastung durch die Übernahme der Beratungsstelle für Alkoholprobleme (Bfa) zu berücksichtigen.

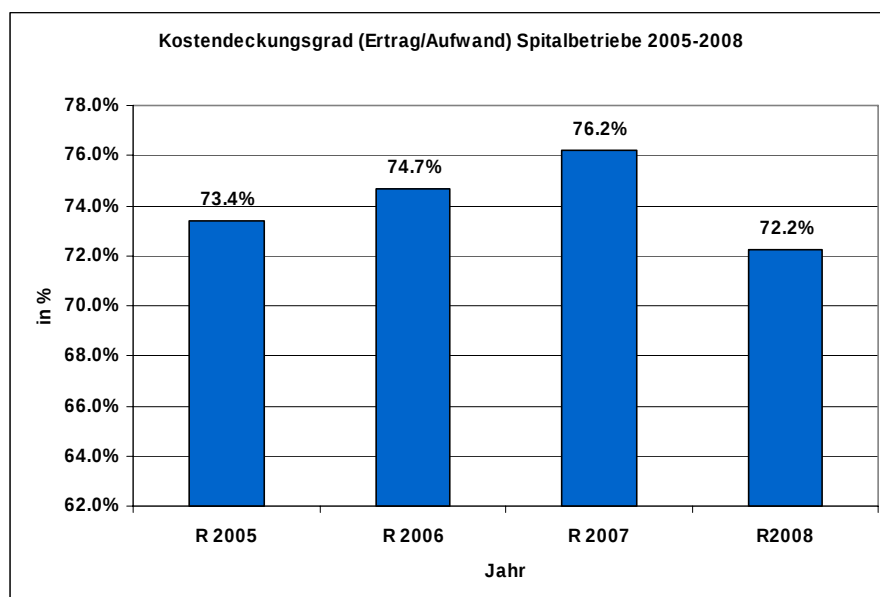
Die Anwendung der Globalbudget-Verordnung führt dazu, dass insgesamt freie und allgemeine Rücklagen im Umfang von je 4.1 Mio. Fr. gebildet werden konnten.

Tabelle 10: Laufende Rechnung und Inv.-Rechnung der Spitalbetriebe 2008 (nach Abschluss).

in Mio. Fr.	Kantonsspital Liestal	Kantonsspital Bruderholz	Kantonsspital Laufen	Kantonale Psych. Dienste
Aufwand Laufende Rechnung	196.6	189.0	32.0	95.2
Ertrag Laufende Rechnung	146.7	140.8	23.0	59.8
Saldo Laufende Rechnung	-49.9	-48.2	-8.9	-35.4
Ausgaben Investitionsrechnung	5.6	3.0	1.4	0.1
Einnahmen Investitionsrechnung	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	5.6	3.0	1.4	0.1

Tabelle 11: Kumulierte Ergebnisse über alle Spitalbetriebe 2005 bis 2008.

Kumulierte Ergebnisse über alle Spitalbetriebe				
in 1'000 Fr.	2005	2006	2007	2008
Aufwand	423'898	435'224	452'483	512'725 ⁸
Ertrag	311'156	324'937	344'897	370'324
davon Pflorgetaxen (432.11)	160'023	168'653	177'692	184'606
davon Übrige (432.12 - 15)	87'406	91'179	99'760	111'098
davon Erträge aus Arzthonoraren (436.71)	23'091	24'150	26'159	29'280
Saldo (Staatsbeitrag)	112'742	110'287	107'586	142'401
Kumulierter Saldo 2005 - 2008	473'016			
Kostendeckungsgrad (Ertrag / Aufwand)	73%	75%	76%	72%

Abbildung 12: Kostendeckungsgrad (Ertrag/Aufwand) Spitalbetriebe 2005 bis 2008.

⁸ Mit der Einführung der Globalbudgets schlagen sich im Budget 2008 der Spitalbetriebe zusätzlich die zwei folgenden strukturellen Änderungen nieder: Übernahme der Gebäudeabschreibungen vom HBA von 18.5 Mio. Franken, Transfer der Aufwendungen für Maschinen und Apparate von der Laufenden Rechnung in die Investitionsrechnung im Umfang von 5.2 Mio. Fr. Gegenüber dem Vorjahr wird also die Laufende Rechnung 2008 um netto 13.3 Mio. Franken durch strukturelle Faktoren belastet.

5 Interkantonale Zusammenarbeit

5.1 Bedeutung

Eine enge Kooperation mit den Kantonen Basel-Stadt, Aargau, Solothurn und weiteren Kantonen sowie mit Deutschland und Frankreich bildet die Voraussetzung für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort und einen attraktiven Wohnort Baselland mit dem Zentrum Basel. Mit den Nachbarkantonen Basel-Stadt, Aargau und Solothurn bestehen insgesamt über 90 finanzwirksame, vertragliche Dach- bzw. Einzelvereinbarungen. Die bedeutsamsten Zusammenarbeitsverträge des Kantons Basel-Landschaft bilden:

- die Universität Basel
- die Interkantonale Universitätsvereinbarung
- die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)
- das Spitalabkommen
- das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)
- das regionale Schulabkommen
- der Kulturvertrag
- die Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)

Die Fragen der Zusammenarbeit, welche die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffen, werden innerhalb einer Projektorganisation verhandelt. Den Verhandlungen werden die sogenannten Standards BS/BL zugrundegelegt (Regierungsratsbeschluss).

5.2 Leistungsaustausch mit Basel-Stadt

Der Kanton Basel-Landschaft hat 2008 rund 7.9% des Laufenden Haushalts für die Nettoabgeltung von Leistungen aufgewendet, die im Kanton Basel-Stadt erbracht werden oder für Beiträge an gemeinsame Aufgaben. Gegenüber dem Budget 2008 sind die Nettoabgeltungen und Beiträge um 4.3 Mio. Franken oder 1.7% tiefer.

Tabelle 12: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt.

in Mio. Fr.	R2005	R2006	R2007	R2008	B2008
Nettoabgeltungen an BS	189	191	87	91	95
*Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	58	23	176	153	153
Total Nettoabgeltungen und Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	247	214	263	244	248
Nettoabgeltungen und Beiträge in % des Laufenden Aufwandes	10.0%	8.0%	9.6%	7.9%	9.2%
Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben	5	5	4	15	28

Wesentliche Budgetabweichungen sind in den nachfolgenden Bereichen zu finden:

Bildungsbereich (in Mio. Franken):

+2.6	Sonderschulung und Jugendhilfe
+2.6	Betreuung behinderter Erwachsener
-0.7	Neukonzeption von Brückenangeboten
+0.1	Diverses
+4.6	Budgetabweichung im Bildungsbereich

Gesundheitsbereich (in Mio. Franken):

-3.9	Universitätsspital Basel
-1.4	*Universitätskinderspital beider Basel UKBB (Kinderspitalvertrag)
-0.8	Regionales Schulabkommen für Aus- und Weiterbildung für Gesundheitsberufe (inkl. Rückerstattung)
-0.9	Diverses
-7.0	Budgetabweichung im Gesundheitsbereich

Volkswirtschafts- / Umweltbereich (in Mio. Franken):

-1.8	Basler Verkehrsbetriebe inkl. Linie 6 Allschwil
-0.5	Durchführung von Gewässerschutzmassnahmen
-2.3	Budgetabweichung im Volkswirtschafts- / Umweltbereich

Kulturbereich (in Mio. Franken):

-0.1	Partnerschaftliche Finanzierung von Kulturinstitutionen
------	---

Sicherheitsbereich (in Mio. Franken):

+1.5	*Euro 08
-0.8	Rückerstattung Aufenthaltstaxen BS - Massnahmenvollzug junger Erwachsener
-0.2	Diverses
+0.5	Budgetabweichung im Sicherheitsbereich

Bei den Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben wurden für den Neubau des UKBB anstelle der budgetierten 28 Mio. Franken 15.1 Mio. Franken aufgewendet.

5.3 Berichterstattung zur Rechnung von interkantonalen Institutionen

Universitäts-Kinderspital beider Basel

Das UKBB schliesst im Jahr 2008 trotz umfangreichen Sparmassnahmen im Gesamtbetrag von 0.9 Mio. Fr. mit einem negativen Ergebnis von -1.9 Mio. Franken ab. Der Gesamtertrag beläuft sich auf 105.1 Mio. Franken (davon 0.6 Mio. Franken ausserordentlicher Ertrag) und der Gesamtaufwand auf 107 Mio. Franken.

Folgende Gründe sind für dieses Resultat verantwortlich:

Stationärer Bereich

Die Pflgeetage des Vorjahres konnten knapp gehalten werden (2008: 39'837, 2007: 39'931), während die stationären Fallzahlen im 2008 um gut 3% zunahmen. Damit verkürzt sich die Aufenthaltsdauer, und der durchschnittliche Behandlungstag wird behandlungs- und kostenintensiver, was sich u.a. in einer Zunahme beim medizinischen Bedarf niederschlägt. Da die stationäre Abgeltung weiterhin pro Pflgeetag erfolgt und der zentrale Tagessatz BS/BL⁹ von 1'400 seit 2005 nicht mehr angepasst wurde, öffnet sich die Schere zwischen Aufwand und Ertrag.

Ambulanter Bereich

Generell ist zu beobachten und auch medizinisch erwünscht, dass Kinder wenn immer möglich ambulant behandelt werden. Der ambulante Bereich hat im 2008 um rund 6% zugenommen, ist aber nicht kostendeckend. Diese Umlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich führt daher zu einem grösseren Defizit.

Personalkosten

Das Jahr 2007 war ausserordentlich: Trotz Teuerung und Mehrleistung lag der Personalaufwand unter dem Niveau 2006. Hauptgrund dafür waren vakante Stellen, welche im Jahresverlauf besetzt und im 2008 voll kostenwirksam wurden. Tiefere Stellenentlastungen (externe Finanzierung z.B. von Krankheitsfällen beim Personal) sowie eine zunehmende Teuerung inkl. der Nachfinanzierung in die Pensionskasse sind weitere wesentliche Faktoren, welche zu Mehrkosten gegenüber dem Vorjahr führen.

Sachkosten

Auch hier war das Jahr 2007 ausserordentlich: Ein tiefer medizinischer Bedarf und aufgeschobene Projekte führten zu einem tiefen Jahresaufwand. Auch diese Effekte wurden im 2008 wieder kompensiert.

Kantonsbeiträge

Im Bereich des stationären Leistungseinkaufs liegen die Kantonsbeiträge (2008: 12.8 Mio. Franken) um 2.4 Mio. Franken tiefer als im Vorjahr. Hauptgrund für diese Entwicklung sind erhöhte Beiträge von Garanten, insbesondere der IV. Die Beiträge für übrige Leistungen mussten im 2008 in vollem Ausmass beansprucht werden (7 Mio. Franken), dies im Gegensatz zum 2007 (5.4 Mio. Franken).

⁹ Dieser für die Trägerkantone massgebliche Kostensatz pro Pflgeetag wurde mit der Leistungsvereinbarung für die Jahre 2007 bis 2009 zwischen BL, BS und dem UKBB festgelegt. Bei veränderten Verhältnissen können betreffend einer Anpassung des vereinbarten Kostensatzes Verhandlungen aufgenommen werden, erstmals jedoch frühestens im Hinblick auf die Abgeltung für das Jahr 2009.

Fachhochschule Nordwestschweiz

Per Mitte Februar 2009 geht die FHNW - vorbehältlich der Prüfungsergebnisse - davon aus, dass die Rechnung 2008 bei einem Gesamtaufwand von rund 350 Mio. Franken mit einem Defizit von rund 0.7 Mio. Franken abschliesst. Sie wird somit - wie bereits im Vorjahr - deutlich unter dem budgetierten Verlust von 7.9 Mio. Franken bleiben. Gemäss Staatsvertrag muss die FHNW ein Defizit innerhalb der folgenden drei Jahre kompensieren; die Budgets bzw. Finanzplanungen sind entsprechend darauf ausgerichtet.

Die Schlussabrechnung aller Gewährleistungspositionen (inklusive Rückstellungen) findet mit der Rechnung 2008 statt. Die entsprechenden Positionen werden in den nächsten Monaten von den kantonalen Finanzkontrollen geprüft und beurteilt. Für die bisher bekannten Risiken wurde in der Staatsrechnung 2007 gemäss dem Vorsichtsprinzip eine Rückstellung gebildet. Mit der Schlussabrechnung der Gewährleistungspositionen nach Abschluss der ersten Leistungsauftragsperiode 2006-2008 wird dem Landrat der Antrag über die Verwendung der noch nicht zurückgeführten Reserven aus der FHBB zum Beschluss unterbreitet. Der Anteil des Kantons Basel-Landschaft an den Reserven beläuft sich auf 1.5 Mio. Franken. Der entsprechende Betrag wird bis zum Beschluss als Schuld gegenüber den Trägerkantonen in der Rechnung der FHNW ausgewiesen. Zu weiteren Positionen betr. FHNW vgl. die Dienststellenkommentare der BKSD (Rubrik 2538).

Über die Erfüllung des Leistungsauftrags im dritten Betriebsjahr der FHNW sowie über die gesamte Leistungsperiode 2006-2008 wird dem Landrat mit einer separaten Vorlage berichtet (inklusive Geschäftsbericht 2008 der FHNW mit Finanzteil und Revisionsstellenbericht).

Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)

Die Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel führt im Auftrage der beiden Kantone die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Fahrzeug- und Führerprüfungen durch. Sie erhebt hierfür einheitliche und kostendeckende Gebühren, die von den beiden Regierungen festgelegt werden.

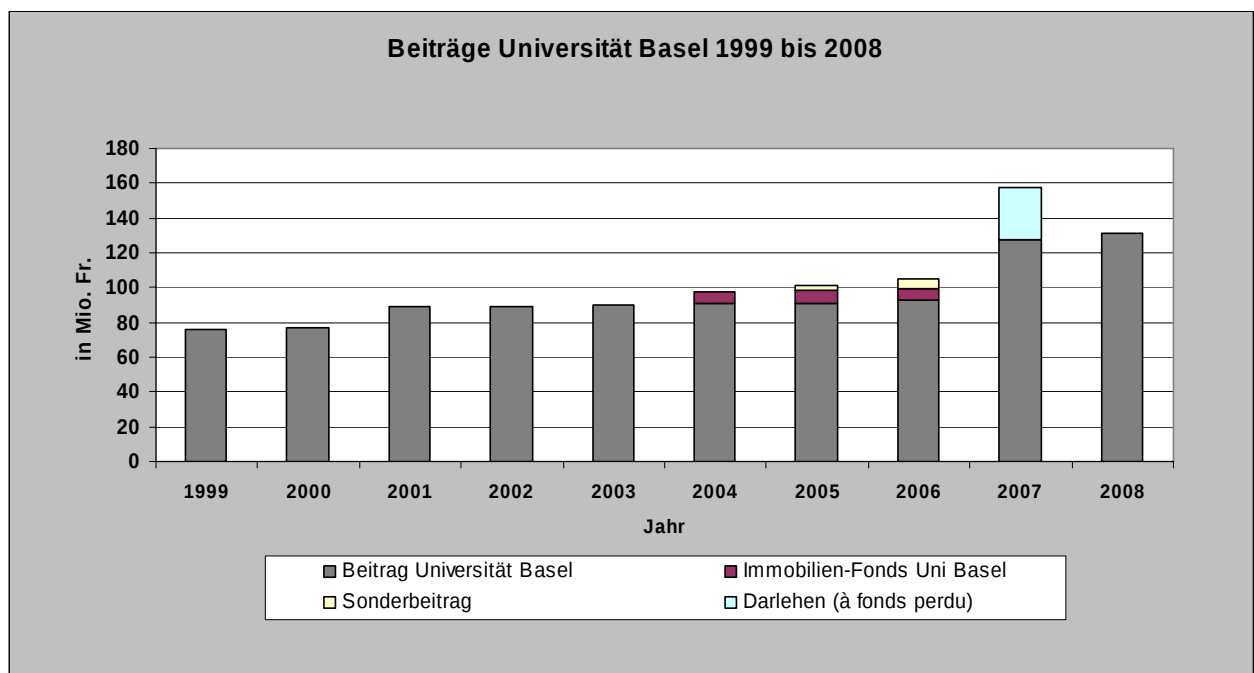
Die Rechnung 2008 der MFP schliesst mit einem Aufwand von 8.815 Mio. Franken (Budget: 9.057 Mio. Franken) und entsprechend mit einem Ertrag von ebenfalls 8.815 Mio. Franken (Budget: 9.057 Mio. Franken) ab.

Universität Basel

Gemäss Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (SGS 664.1) führen die Trägerkantone die Universität mit einem Leistungsauftrag. Den ersten Leistungsauftrag und den entsprechenden Globalbeitrag haben die Kantonsparlamente von Basel-Stadt und Basel-Landschaft Ende 2006 für die Periode 2007-2009 genehmigt. Für das Jahr 2008 hat der Kanton Basel-Landschaft einen Globalbeitrag von 131.6 Mio. Franken entrichtet (2007: BL 127.5 Mio. Franken; BS 125.5 Mio. Franken). Das Rechnungsjahr 2007 schloss die Universität Basel mit einem Überschuss von 7.5 Mio. Franken ab (Total Aufwand: 528 Mio. Franken; Total Ertrag 535.5 Mio. Franken). Für das Berichtsjahr 2008 liegen zum Zeitpunkt der Erstellung der Landratsvorlage noch keine Informationen vor. In den Anhang zur Staatsrechnung 2008 ist unter den Eventualverpflichtungen eine Position für den Anteil BL einer allfälligen Schliessung der Pensionskassendeckungslücke aufgenommen worden.

Der Universitätsrat wird die Rechnung 2008 der Universität am 7. April 2009 verabschieden. Über die Erfüllung des Leistungsauftrags im zweiten Betriebsjahr wird dem Landrat mit einer separaten Vorlage berichtet (inklusive Geschäftsbericht der Universität mit Finanzteil und Revisionsstellenbericht).

Abbildung 13: Beiträge des Kantons Basel-Landschaft an die Universität Basel 1999 bis 2008.



6 Investitionsrechnung

6.1 Investitionsrechnung 2008

Abbildung 14: Entwicklung von Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter.

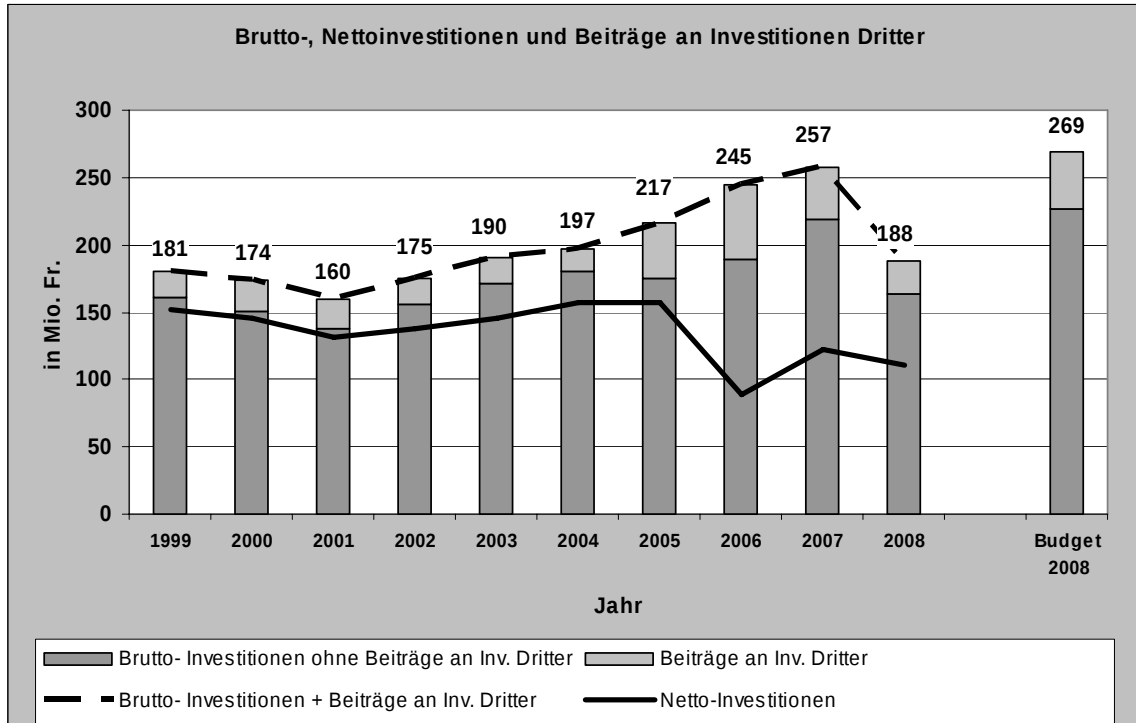


Abbildung 15: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen.

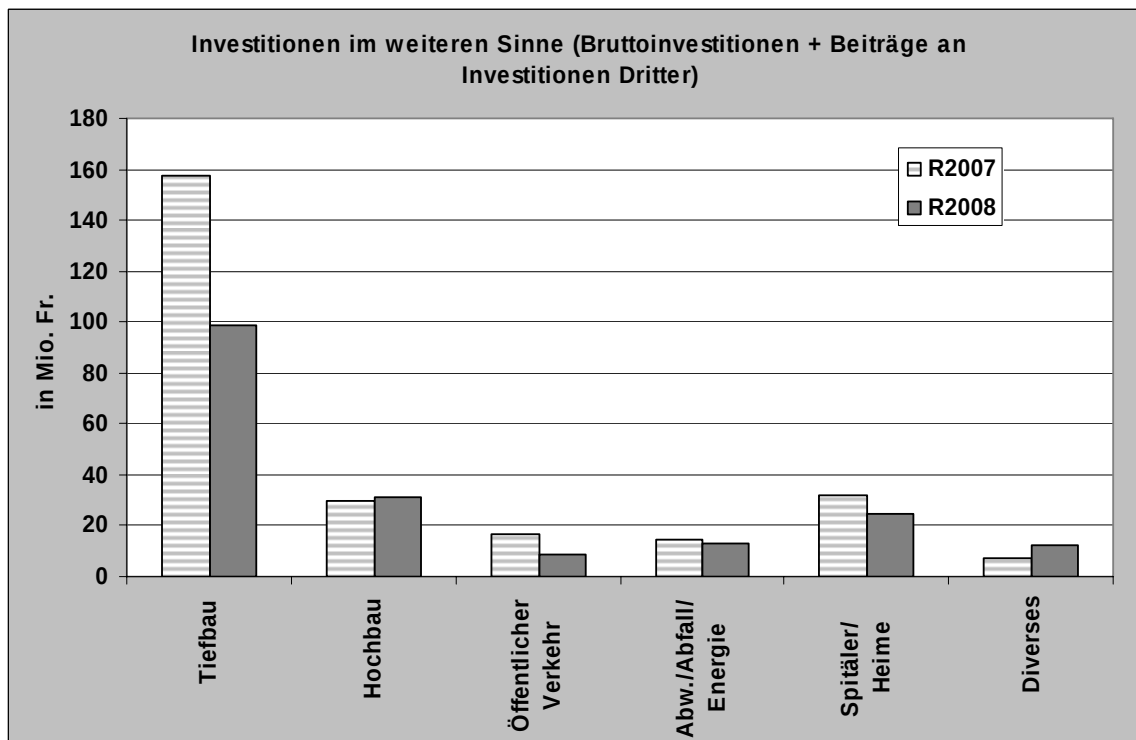


Abbildung 16: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen 2008 in %.

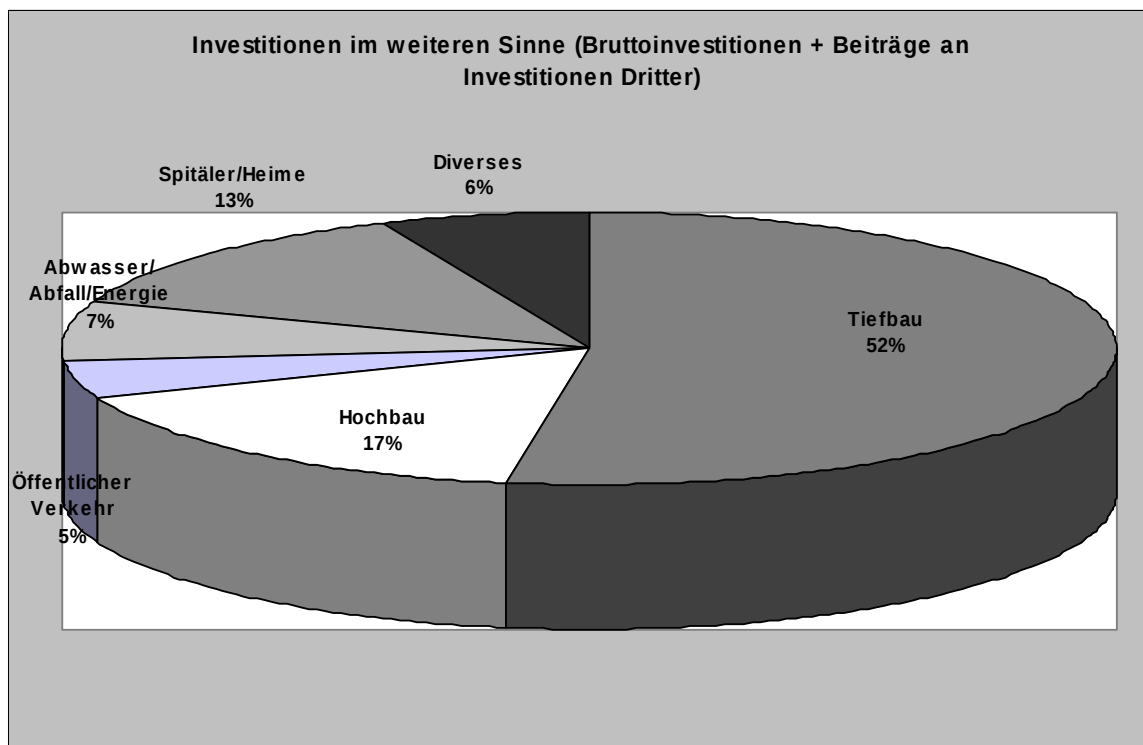


Tabelle 13: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen 2004 bis 2008.

Investitionen im weiteren Sinne (Bruttoinvestitionen + Beiträge an Investitionen Dritter)					
in Mio. Franken	2004	2005	2006	2007	2008
Tiefbau	94.6	102.7	134.4	169.7	98.9
Hochbau	62.9	44.5	20.6	29.8	31.4
Öffentlicher Verkehr	2.0	23.0	29.5	4.0	8.5
Abwasser/Abfall/Energie	15.3	20.4	21.6	14.7	12.9
Spitäler/Heime	19.3	23.2	31.1	32.2	24.6
Diverses	3.0	2.8	7.4	6.9	12.0
Total	197.1	216.6	244.6	257.3	188.3

Die grössten Abweichungen bzw. Minderausgaben zwischen Rechnung 2008 und Budget 2008 sind im Bereich Tiefbau (H2 -18.4 Mio. Franken) und beim Neubau des UKBB (50%-Anteil BL - 12.9 Mio. Franken) entstanden. Die Minderausgaben im Vergleich zur Rechnung 2007 sind auf den Betrieb und Erhalt der Hochleistungsstrassen im Tiefbau zurückzuführen (Rechnung 2007 99.3 Mio. Franken; Rechnung 2008 22.6 Mio. Franken).

Die wesentlichsten Investitionen im weiteren Sinne pro Bereich sind:

Tiefbau

(in Mio.CHF)

Investitionsprojekt	Jahrestrenche '08	Verpflichtungs Kredit	Budget '08	Kommentar
Betrieb und Erhaltung Hochleistungsstrassen	22.6	kein Verpfl.Kredit	32.4	haupts. Erneuerung/Veränderung A2 diverse Projekte
Planung und Realisierung kant. Strassennetz	22.4	kein Verpfl.Kredit	27.3	
Binningen, Kronenplatz	5.8	9.1	4.0	
Umfahrung Sissach	7.9	274.1	6.0	
H2	26.6	283.0	45.0	

Hochbau

(in Mio.CHF)

Investitionsprojekt	Jahrestrenche '08	Verpflichtungs Kredit	Budget '08	Kommentar
Gym.Oberwil, Mediothek, Umbau/Sanierung	1.8	15.4	0.3	Total 19.0 Mio. CHF ausgegeben 2. Etappe
Liestal, Zeughaus, Sanierung Gebäudehülle	1.3	3.3	0.1	
Oberwil, Gym., Sanierung Aussenhülle Turnh.	1.2	1.2	0.8	
Binningen KSB, Sicherheitsmassnahmen	0.4	15.2	0.0	
Binningen, KSB, Sicherheitsmassnahmen	3.8	24.5	8.0	
Binningen, KSB 2000 Plus	1.1	27.0	3.0	
Muttenz, Strafjustizzentrum	1.6	7.1	2.1	
Neubau UKBB (BL Anteil 50%)	15.1	75.5	28.0	

Öffentlicher Verkehr

(in Mio.CHF)

Investitionsprojekt	Jahrestrenche '08	Verpflichtungs Kredit	Budget '08	Kommentar
Bahnhofaus- und Neubauprogramm	6.9	kein Verpfl.Kredit	9.7	

Abwasser/Abfall/Energie

(in Mio.CHF)

Investitionsprojekt	Jahrestrenche '08	Verpflichtungs Kredit	Budget '08	Kommentar
ARA Birs 2, Erhaltungsmassnahmen/Ausbau	2.1	57.0	1.0	
Mischwasserbehandlung Region Birstal	4.0	24.7	2.5	
Ableitungskanal ARA Frenke 1 Reigoldswil	1.1	3.9	0.0	
ARA Ergolz 2, Sanierung Biologie	2.4	8.6	2.5	

Spitäler/Heime

(in Mio.CHF)

Investitionsprojekt	Jahrestrenche '08	Verpflichtungs Kredit	Budget '08	Kommentar
Bauliche Investitionen Spitäler	5.6	kein Verpfl.Kredit	7.2	
Beiträge Invest. Dritter	14.4	kein Verpfl.Kredit	0	
Maschinen / Apparate	4	kein Verpfl.Kredit	0	

Diverses

(in Mio.CHF)

Investitionsprojekt	Jahrestrenche '08	Verpflichtungs Kredit	Budget '08	Kommentar
Kantonales Sportanlagenkonzept KASAK I+II	2.2	24.0	3.2	
Sicherheitsfunknetz Polycom	9.7	20.0	9.3	

6.2 Änderung der Finanzierung von Investitionsvorhaben

Die budgetierten Investitionsausgaben werden in der Rechnung 2008 um brutto 62.6 Mio. Fr., netto um 19.3 Mio. Franken nicht ausgeschöpft. Bauverzögerungen resultieren im Tiefbau (Betrieb und Erhaltung Hochleistungsstrassen, Planung und Realisierung kantonales Strassennetz und bei der H2). Im Hochbau werden alleine beim UKBB Budgetmittel im Umfang von 13 Mio. Fr. nicht ausgeschöpft.

Das Investitionsprogramm 2010 bis 2018 zeigt auf, dass ein grosser Überhang an Investitionsvorhaben besteht. Die Zielgrösse von 200 Mio. Franken (Nettoinvestitionen zuzüglich Beiträge an Investitionen Dritter) würde in den Jahren 2010 bis und mit 2016 überschritten und erreicht in den Jahren 2011 und 2012 mit 428 bzw. 433 Mio. Franken den Höhepunkt. Der Regierungsrat wird eine Verzihtsplanung im Bereich des Investitionsprogrammes vornehmen, wobei laufende Projekte nicht Gegenstand der Verzihtsplanung sein werden, da diese möglichst ohne Unterbruch zu Ende geführt werden sollen.

In Anbetracht der nicht ausgeschöpften Budgetkredite im Jahr 2008 und des grossen Überhangs an Investitionsvorhaben in den kommenden Jahren, wird in der Rechnung eine Änderung der Finanzierung von folgenden zwei Investitionsvorhaben vorgenommen, welche aus Vorfinanzierungen (Reserven) finanziert worden wären:

- Projekt: 2320.503.30-232 Neubau Kantonsspital Bruderholz; Finanzierung via Fonds 8040 (Neubau Kantonsspital Bruderholz)
Rechnungsbetrag 2008: 1'092'475.27 Fr.
- Projekt: 2320.503.30-242 Neubau Universitätskinderspital Beider Basel; Finanzierung via Fonds 8010 (Erlös aus Verkauf von Kantonalbank-Zertifikaten)
Rechnungsbetrag 2008: 15'085'415.40 Fr.

Der Landrat hat die Fondsfinanzierung bei diesen Projekten im Rahmen der Vorlagen zu den Verpflichtungskrediten jeweils zur Kenntnis genommen (vgl. LRV 2005-125 und LRV 2007-125). Da die Fonds zur vollständigen Finanzierung der Investitionsvorhaben ohnehin nicht ausreichen, sollen sie in der Rechnung 2008 entlastet werden. Mit der Fondsfinanzierung können zukünftige Rechnungen entlastet werden.

Mit der Änderung der Finanzierung sind die Nettoinvestitionen in der Rechnung 2008 um 16'177'890.67 Fr. erhöht worden. Diese Buchungen sind im Abschluss 2008 bereits enthalten.

Die Finanzkommission wurde über diese beabsichtigten Änderungen in der Finanzierung von Investitionsvorhaben am 11. Februar 2009 vorinformiert.

7 Vermögen und Verbindlichkeiten

Die Flüssigen Mittel haben gegenüber dem Vorjahr um 281.6 Mio. Fr. zugenommen: 133.7 Mio. Fr. sind aus dem Verkauf der KB-Zertifikate zugeflossen (unter Berücksichtigung der im Januar 2009 zurückbezahlten Verrechnungssteuer von 60.9 Mio. Franken beträgt der Gesamterlös 194.6 Mio. Fr.). Die aus mittelfristigen Vermögensanlagen frei gewordenen Obligationen im Umfang von 82 Mio. Fr. wurden kurzfristig angelegt. Aus den kantonalen Kontokorrenten resultiert eine zusätzliche Liquidität von 65.9 Mio. Fr.

Vor dem Hintergrund der sich im Jahr 2008 zunehmend verschärfenden globalen Finanzkrise standen die Aktivitäten der Tresorerie unter dem höchsten Gebot der Vorsicht. Auf der einen Seite war es im letzten Quartal des Jahres 2008 nahezu unmöglich, Festgeldgeschäfte zu attraktiven Zinsen mit Gegenparteien hoher Bonität abzuschliessen. Auf der anderen Seite wurden ab November 2008 von den verschiedenen Schweizer Finanzinstituten gar keine Festgeldangebote mehr unterbreitet. Deshalb wurde ein grosser Teil der flüssigen Mittel auf Konten der BLKB angelegt.

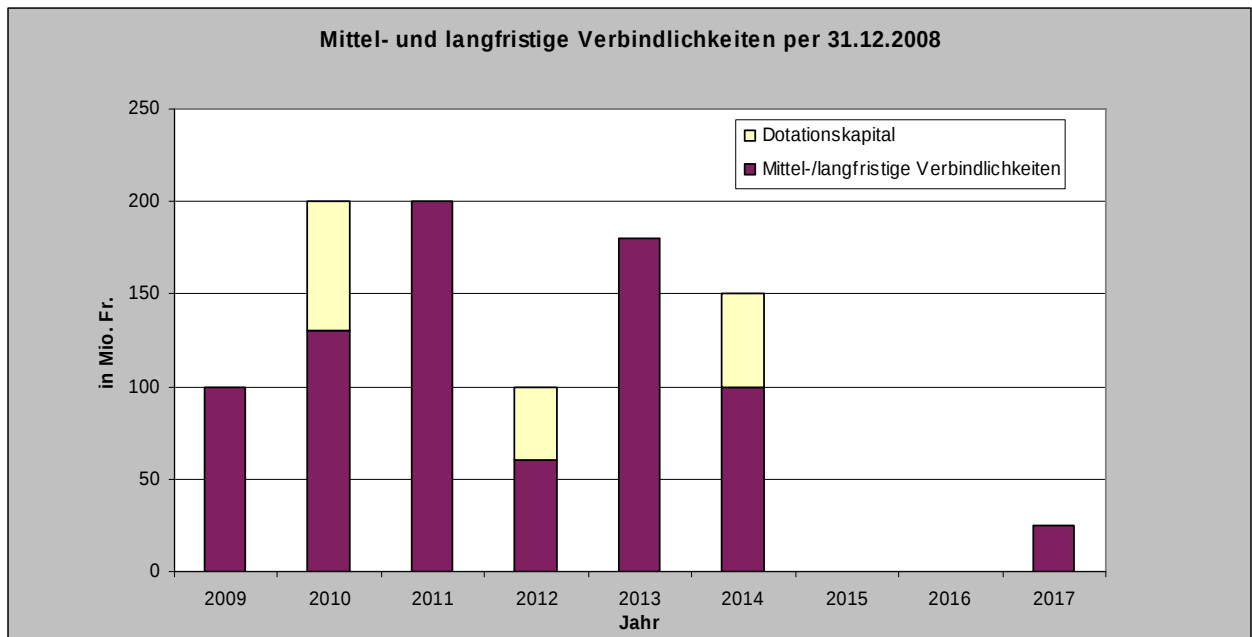
Die durch die Finanzverwaltung bereits vor der Finanzkrise eingeleiteten Massnahmen haben bewirkt, dass im Goldvermögen-Mandat im Jahr 2008 ein positives Anlageresultat von +4.4% (netto) erreicht werden konnte. Die anhaltend grosse Volatilität an den Finanzmärkten und die tiefen Zinsen erschweren die Erzielung von ansprechenden Renditen zunehmend. Die von Vorsicht geprägte Strategie, wonach der Kanton nur in Gegenparteien investiert, die nach wie vor über eine gute Bonität und auch über ein dementsprechendes Rating verfügen, wird jedoch weitergeführt.

Mit dem Rechnungsabschluss 2008 erhöht sich das Eigenkapital um 2.2 Mio. Franken auf 210.3 Mio. Franken.

Die mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten in Form von Staatsanleihen und Darlehen wurden gegenüber dem Vorjahr um 16.7 Mio. Fr. abgebaut: Es erfolgte die Ablösung einer Fälligkeit von 15 Mio. Franken (Pax Versicherungs-Gesellschaft, 2%) und die Rückzahlung eines Darlehens an die Handschin Stiftung von 1.7 Mio. Fr. Die mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten betragen damit per Ende 2008 neu 795 Mio. Fr. Die Verbindlichkeiten für das Grundkapital der Basellandschaftlichen Kantonalbank belaufen sich unverändert auf 160 Mio. Franken.

Die Fälligkeiten der mittel- und langfristigen Verpflichtungen für die Jahre 2008 - 2017 präsentieren sich wie folgt:

Abbildung 17: Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten.



Die nach wie vor vorhandenen liquiden Mittel erlauben es, den Schuldenabbau auch im Jahr 2009 weiterzuführen.

8 Künstleratelier Arlesheim: Übertragung in das Verwaltungsvermögen

Im Jahr 1989 hat der Regierungsrat dem Erwerb eines Künstlerateliers in Arlesheim (im Stockwerkeigentum) zu Lasten des Lotteriefonds zugestimmt. Der Erwerb des Künstlerateliers dient dazu, im Rahmen des Projektes "Internationale Austauschateliers Region Basel" Künstlern entsprechende Räumlichkeiten anbieten zu können. Das Atelier ist in der Bilanz des Lotteriefonds zum ursprünglichen Kaufpreis von 286'050.- Fr. bilanziert.

Die Förderung des künstlerischen Schaffens ist gemäss § 101 der Kantonsverfassung eine Staatsaufgabe. Der Lotteriefonds darf nicht zur dauernden Finanzierung von öffentlichen Aufgaben herangezogen werden. Deshalb soll das Künstleratelier in das Verwaltungsvermögen überführt werden. Gemäss § 12 des Finanzhaushaltsgesetzes beantragt der Regierungsrat demnach mit dem Rechnungsabschluss 2008, die Immobilie zum Restbuchwert in das Verwaltungsvermögen zu überführen. Die Immobilie wird danach auf der Basis der Restlebensdauer abgeschrieben. Die Betriebskosten waren bisher bereits im kantonalen Budget enthalten und werden auch weiterhin über die Konto-Nr. 2580.316.10 der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion getragen. Die Immobilie wird zu Lasten Konto-Nr. 2320.503.30 der Jahresrechnung 2009 in das Verwaltungsvermögen überführt. Der Betrag von 286'050.- Franken wird dem Lotteriefonds gutgeschrieben.

9 Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, gemäss beiliegendem Entwurf eines Landratsbeschlusses zu beschliessen.

Liestal, 24. März 2009

Im Namen des Regierungsrates

Der Regierungspräsident: Adrian Ballmer

Der Landschreiber: Walter Mundschin

Entwurf Landratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 2008

Vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Staatsrechnung 2008, bestehend aus der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung, Investitionsrechnung), der Bestandesrechnung sowie den Rechnungen der Fonds und Stiftungen, wird genehmigt.
2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zur Staatsrechnung 2008 wird Kenntnis genommen.
3. Die Überführung der Stockwerkeigentumsparzelle Nr. 3572, GB Arlesheim, mit einer Wertquote von 120/1000 und der Baurechtsparzelle Nr. 3525 mit dem Buchwert von insgesamt Fr. 286'050.- (zu Lasten Investitionsrechnung 2009) in das Verwaltungsvermögen wird genehmigt.
4. Von der Finanzierung der Tranche 2008 des Projekts Neubau Kantonsspital Bruderholz (LRV 2007-125) zu Lasten der Investitionsrechnung im Umfang von 1'092'475.27 Fr. wird Kenntnis genommen.
5. Von der Finanzierung der Tranche 2008 des Projekts Neubau Universitätskinderspital Beider Basel (LRV 2005-125) zu Lasten der Investitionsrechnung im Umfang von 15'085'415.40 Fr. wird Kenntnis genommen.

Liestal,

Im Namen des Landrates

Der Landratspräsident:

Der Landschreiber:

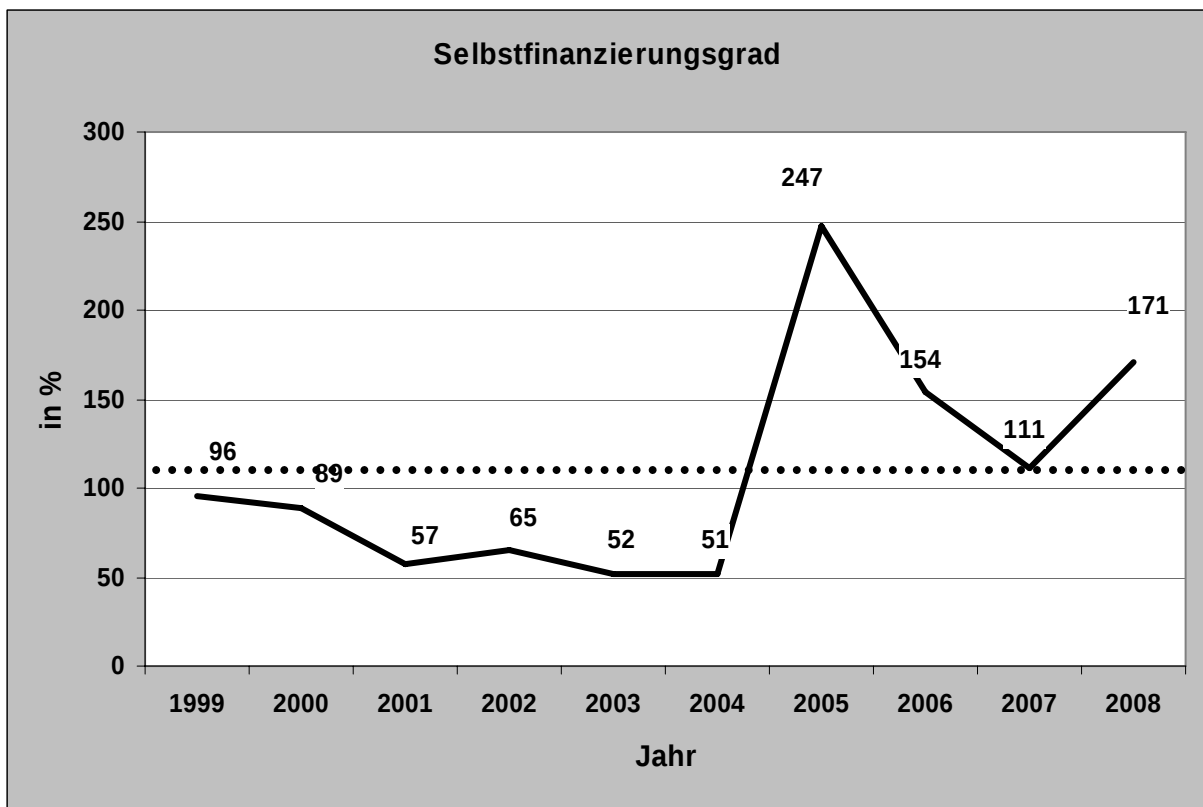
A Anhang

A.1 Entwicklung Staatshaushalt und Kennzahlen

A.1.1 Entwicklung Staatshaushalt

Nachfolgend ist die Entwicklung des Staatshaushaltes anhand der wichtigsten Kennzahlen grafisch aufgezeigt.

Abbildung 18: Entwicklung Selbstfinanzierungsgrad.



* Die Rechnung 2005 war geprägt durch eine Reihe von Sonderfaktoren: a.o. Ertrag 627 Mio. Franken (Ausschüttung Goldreserven, Steuererträge aus Vorjahren), a.o. Aufwand 613 Mio. Franken (Abschreibung Investitionsbeiträge, div. Rückstellungen). Der Durchschnitt über die aufgeführten 10 Jahre beträgt 109.3%.

Abbildung 19: Entwicklung Saldo der Laufenden Rechnung und Wirtschaftswachstum.

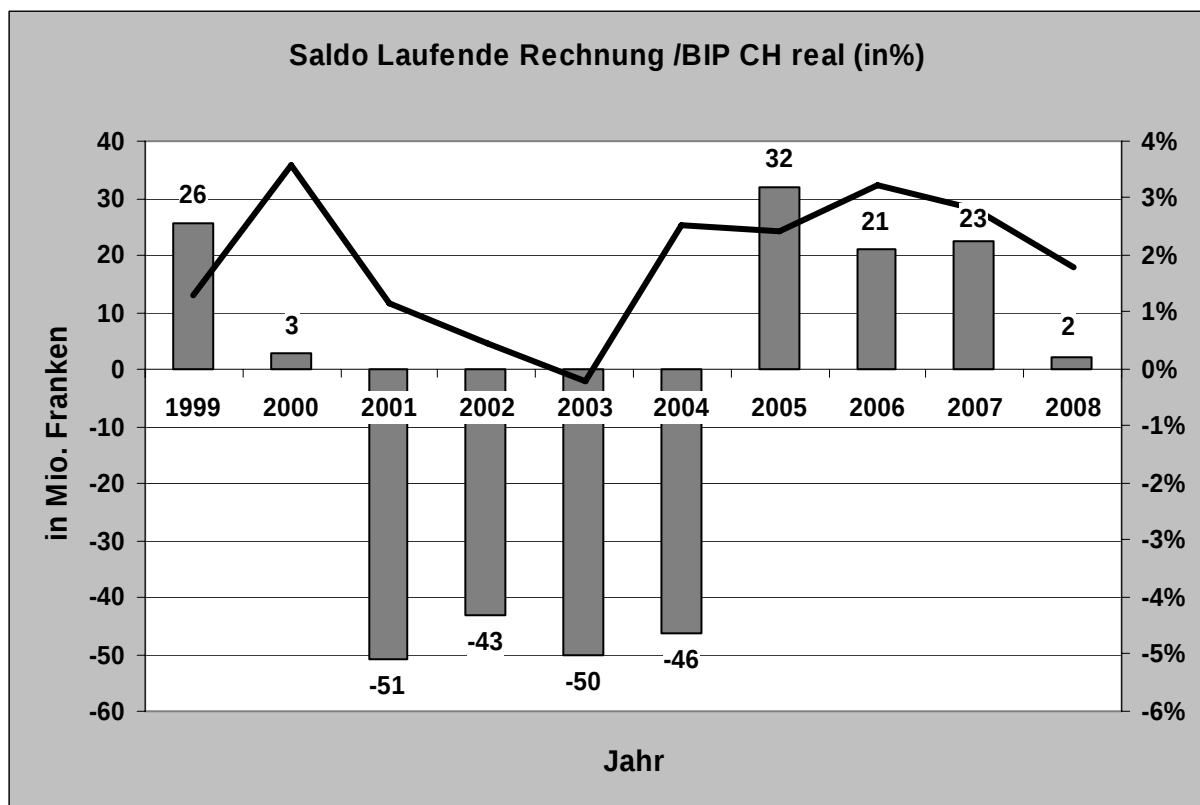
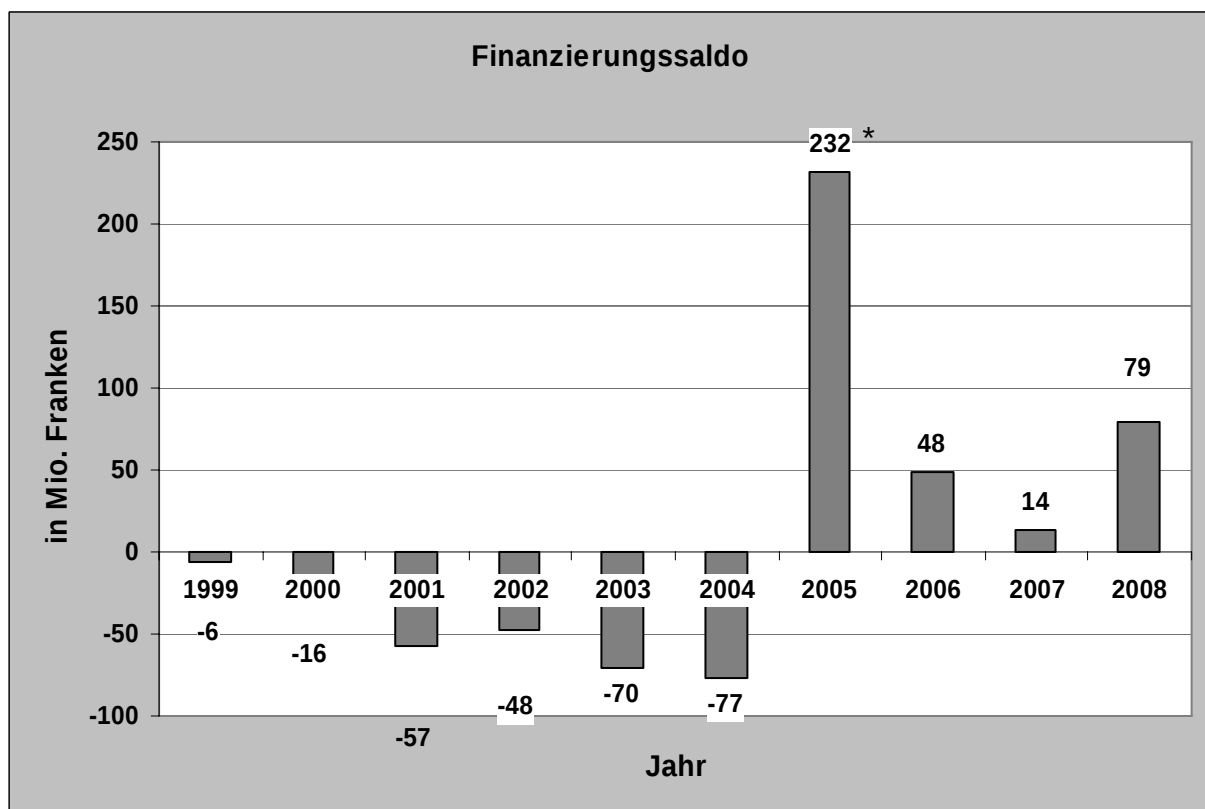


Abbildung 20: Entwicklung Finanzierungssaldo.



* Die Rechnung 2005 war geprägt durch eine Reihe von Sonderfaktoren: a.o. Ertrag 627 Mio. Franken (Ausschüttung Goldreserven, Steuererträge aus Vorjahren), a.o. Aufwand 613 Mio. Franken (Abschreibung Investitionsbeiträge, div. Rückstellungen).

Abbildung 21: Entwicklung Eigenkapital.

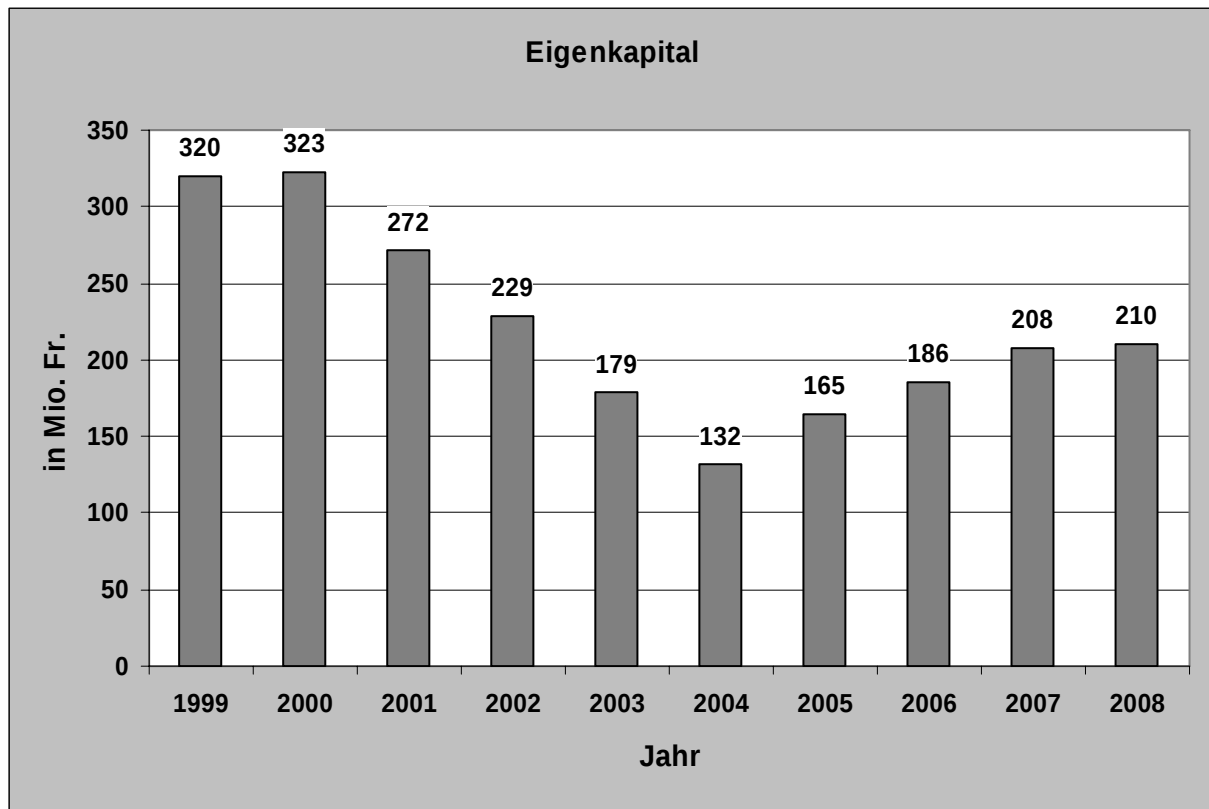
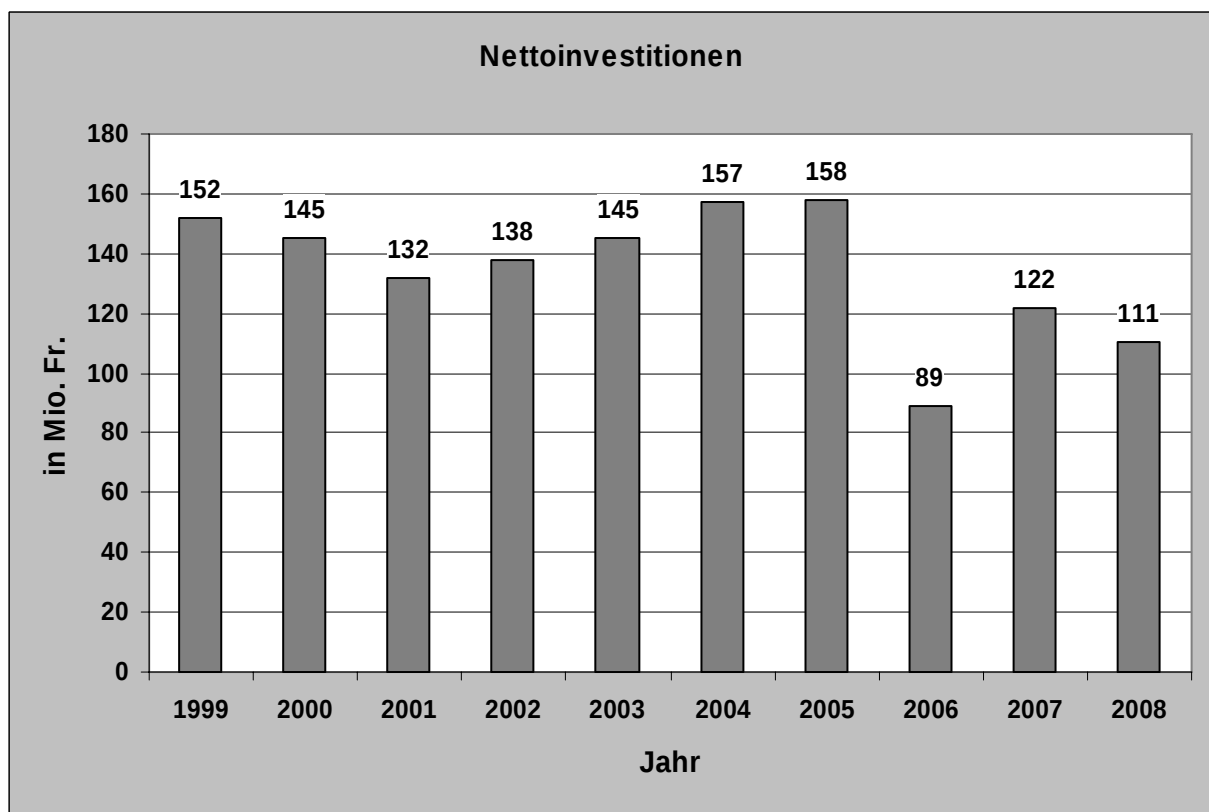


Abbildung 22: Entwicklung Nettoinvestitionen.



* Ab Rechnung 2006 werden die Beiträge an Investitionen Dritter in der Laufenden Rechnung und nicht mehr in der Investitionsrechnung verbucht.

A.1.2 Weitere Finanzkennzahlen

Die Entwicklung des Staatshaushalts kann anhand weiterer ausgewählter Finanzkennzahlen (für die Definitionen vgl. Tabelle "Definition Finanzkennzahlen") beurteilt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Kennzahlen, die sich auf das Volkseinkommen beziehen (Staats-, Steuer- und Investitionsquoten) für die Jahre 2005-2008 auf Prognosewerten des Volkseinkommens basieren, da der Bund noch keine Daten über das kantonale Volkseinkommen dieser Jahre publiziert hat.

Tabelle 14: Finanzkennzahlen.

in %	R 2003	R 2004	R 2005	R 2006	R 2007	R 2008
Staatsquote	16.1%	16.9%	17.0%	16.5%	16.4%	16.1%
Steuerquote	8.9%	8.8%	10.3%	9.3%	8.8%	8.6%
Brutto-Investitionsquote	1.4%	1.4%	1.5%	1.3%	1.4%	1.0%
Netto-Investitionsquote	1.1%	1.1%	1.1%	0.6%	0.8%	0.7%
Selbstfinanzierungsgrad	51.6%	51.2%	247.3%	154.0%	111.4%	171.2%
Neuverschuldungsgrad	48.4%	48.8%	-147.3%	-54.0%	-11.4%	-71.2%
Kapitaldienstanteil	4.4%	4.0%	3.1%	1.8%	1.4%	-5.8%
Zinsbelastungsanteil	-1.1%	-1.3%	-1.1%	-2.1%	-2.4%	-9.0%
Investitionsanteil	9.0%	8.7%	7.4%	7.4%	8.4%	5.6%
Transferanteil	40.5%	41.6%	34.3%	39.1%	40.9%	37.2%

Gegenüber dem Vorjahr sinkt die **Staatsquote** um 0.3 Prozentpunkte. Das heisst, die konsolidierten Gesamtausgaben des Kantons sind proportional weniger stark gestiegen als das Volkseinkommen.

Die **Steuerquote** nimmt um 0.2 Prozentpunkte ab. Demnach verläuft die Entwicklung der Steuereinnahmen des Kantons (exkl. Verkehrssteuern) schwächer als das Wachstum des Volkseinkommens. In der Zeitreihe der Daten sind die Effekte der ausserordentlichen Steuererträge in den Jahren 2005 und 2006 sowie die Auswirkungen der Steuerreformen 2007 und 2008 erkennbar.

Der Rückgang der Investitionsausgaben schlägt sich in einer Abnahme der **Bruttoinvestitionsquote** von 1.4 % auf 1.0 % nieder. Durch den Rückgang der Nettoinvestitionen sinkt auch die **Nettoinvestitionsquote** um 0.1 Prozentpunkte.

Aufgrund des positiven Finanzierungssaldos beträgt der **Neuverschuldungsgrad** -71.2%. Das heisst, dass im 2008 eine Überdeckung der Nettoinvestitionen vorhanden ist.

Bedingt durch den Erlös aus dem Verkauf der KB-Zertifikate ist ein negativer **Kapitaldienstanteil** sowie eine starke Abnahme des **Zinsbelastungsanteils** auf -9.0% zu verzeichnen.

Da die Bruttoinvestitionen sinken und der bereinigte Ertrag ansteigt, resultiert beim **Investitionsanteil** eine deutliche Abnahme um 2.8 Prozentpunkte.

Leicht sinkende Transferausgaben bei gleichzeitig steigenden konsolidierten Gesamteinnahmen führen zu einer Abnahme des **Transferanteils** um 3.7 Prozentpunkte.

Tabelle 15: Definition Finanzkennzahlen.

Staatsquote:	Konsolidierte Gesamtausgaben ¹⁰ in % des Volkseinkommens ¹¹
Steuerquote:	Allgemeine Steuern (Kontogruppe 40 minus 406) in % des Volkseinkommens.
Brutto-Investitionsquote:	Brutto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Netto-Investitionsquote:	Netto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Selbstfinanzierungsgrad:	Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen.
Neuverschuldungsgrad:	Finanzierungssaldo in % der Nettoinvestitionen.
Kapitaldienstanteil:	Passivzinsen und ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen abzüglich Nettovermögensertrag ¹² in % des bereinigten Ertrags ¹³ .
Zinsbelastungsanteil:	Passivzinsen abzüglich Nettovermögensertrag in % des bereinigten Ertrags.
Investitionsanteil:	Eigene Investitionen (Investitionen in Sachgüter plus Eigene Investitionsbeiträge) in % des bereinigten Ertrags.
Transferanteil:	Transfers (Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung plus Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen, Eigene Laufende Beiträge, Eigene Investitionsbeiträge) in % der konsolidierten Gesamteinnahmen ¹⁴ .

¹⁰ Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung ohne Abschreibungen, durchlaufende Beiträge, Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen.

¹¹ Das kantonale Volkseinkommen wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) für alle Kantone ermittelt. Es ist die einzige Kennziffer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die auf Kantonsebene berechnet wird. Die aktuellste Angabe des BFS zum Baselbieter Volkseinkommen ist der provisorische Wert für das Jahr 2004. Die Zahlen für 2005 bis 2008 sind aufgrund der für diese Jahre angenommenen Wachstumsraten des kantonalen Volkseinkommens hochgerechnet. Die ausgewiesenen Quoten für diese Jahre werden ändern, sobald das definitive Volkseinkommen des BFS für 2004 und neue Wachstumsprognosen der BAK vorliegen.

¹² Vermögensertrag abzüglich Unterhaltsaufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen.

¹³ Ertrag Laufende Rechnung abzüglich Durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds sowie interne Verrechnungen.

¹⁴ Gesamteinnahmen abzüglich Durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen, durchlaufende Investitionsbeiträge.

A.2 Glossar

Abschreibungen	Abschreibungen bilden den Wertverzehr einer Anlage durch ihren Gebrauch ab. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz wird das Verwaltungsvermögen mit 10% des Restbuchwertes abgeschrieben.
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	Gesetzliche Anteile anderer Gemeinwesen am Ertrag bestimmter Abgaben sowie sonstige Beiträge, bei denen das begünstigte Gemeinwesen frei den Verwendungszweck bestimmt.
Aufwand	Monetäre Bewertung der in einer Rechnungsperiode verbrauchten oder verzehrten Güter und Dienstleistungen, z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsen, Beiträge usw.. Ausgaben, die Vermögenswerte mit mehrjähriger Nutzung schaffen und den Betrag von Fr. 200'000.- übersteigen, werden in der Investitionsrechnung verbucht und belasten die Laufende Rechnung über die Abschreibungen.
Beiträge an Investitionen Dritter	Geldwerte Leistungen, mit denen beim Empfänger dauerhafte Vermögenswerte begründet werden. Diese Beiträge werden in der Laufenden Rechnung verbucht.
Beiträge für eigene Rechnung	Eingehende Beiträge in der Laufenden Rechnung, die das Gemeinwesen von Dritten erhält und die einer bestimmten Zweckbindung unterliegen. Im Gegensatz zu den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung ist hier das Gemeinwesen in der Verwendung dieser Mittel nicht frei.
Bruttoinlandprodukt (BIP)	Das BIP misst die gesamte Produktion zu aktuellen Marktpreisen, die während eines Jahres durch sämtliche im Inland ansässigen Unternehmen realisiert wurden.
Bruttoinvestitionen	vgl. Investitionsausgaben
Cash Flow	Die selbst erarbeiteten Mittel, die zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung stehen. Der Cash Flow zeigt die Selbstfinanzierungskraft einer Organisation und damit auch ihren Finanzierungsspielraum.
Eigene laufende Beiträge	Nichtrückzahlbare Leistungen aus eigenen Mitteln für Konsumzwecke, bei denen der Empfänger keine direkte Gegenleistung für den entrichteten Betrag erbringt. Dazu gehören namentlich Betriebs- und Defizitbeiträge, Subventionen sowie Sozialleistungen an private Haushalte.
Eigenkapital	Eigenkapital entsteht in der Regel durch Ertragsüberschüsse der Laufenden Rechnung. Es dient zur Verminderung oder Deckung künftiger Aufwandüberschüsse und als Reserve für künftige Verpflichtungen.
Einlagen in Spezialfinanzierungen	Vgl. auch Spezialfinanzierung. Aufwand für die Einlage in eine Spezialfinanzierung. Diese führt zu einer entsprechenden Gutschrift im Zweckvermögen (Fonds).
Entgelte	Erträge aus Leistungen und Lieferungen, die der Kanton für Dritte erbringt (z.B. Spitäler und Heimtaxen, Erlös aus Personentransport etc.), ferner Ersatzabgaben, Erträge aus Bussen, Rückerstattungen von Privaten.
Entschädigungen an Gemeinwesen	Entschädigungen an ein Gemeinwesen, das für ein anderes ganz oder teilweise eine Aufgabe erfüllt, die einem öffentlichem Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des eigenen Gemeinwesens ist. Die Entschädigung wird aufgrund der Kosten der Aufgabe bemessen.
Ertrag	Einnahmen der Laufenden Rechnung bezogen auf eine Rechnungsperiode, wie z.B. Steuereinnahmen, Vermögenserträge, Bundesbeiträge, Entgelte.
Finanzierungssaldo	Der Finanzierungssaldo ist der Saldo der Finanzierungsrechnung. Bei einem positiven Saldo sind die Nettoinvestitionen vollständig durch Abschreibungen und den Saldo der Laufenden Rechnung finanziert. Ein negativer Saldo zeigt, dass die Nettoinvestitionen teilweise über zusätzliche Verschuldung finanziert werden müssen.
Finanzplan	Der Finanzplan ist ein mehrjähriges Planungsinstrument, welches die mutmassliche und unbeeinflusste Entwicklung des Aufwandes und Er-

	trags der Laufenden Rechnung und die geplanten Investitionsausgaben und -einnahmen aufzeigt. Er basiert auf Annahmen betreffend Teuerung und Wirtschaftswachstum und enthält die von den Direktionen gemeldeten Projekte, ohne dass die konkrete Finanzierung in allen Fällen bereits sichergestellt wäre. Der Finanzplan hat nicht den Charakter eines Businessplanes, welcher die vom Regierungsrat angestrebten finanziellen Zielgrössen abbildet. Der Finanzplan ist viel mehr eine "wenn-dann"-Planung, welche auf möglichst realitätsnahen Annahmen für die Zukunft ("wenn") basiert und die finanzielle Auswirkungen auf den Kantonshaushalt ("dann") abschätzt.
Finanzvermögen	Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der Erfüllung öffentlicher Verwaltungsaufgaben jederzeit veräussert werden können.
Fonds	Zweckvermögen, das aus Spezialfinanzierungen stammt. Einnahmen und Ausgaben von Fonds werden nicht über die Laufende Rechnung gebucht sondern werden direkt dem Fondskonto gutgeschrieben oder belastet. Die einzelnen Fondsrechnungen werden jeweils im Anhang zur Staatsrechnung aufgezeigt.
Globalbudget	Das Globalbudget der Spitalbetriebe ist ein Voranschlagskredit der Laufenden Rechnung. Dieser wird als Saldo zwischen Aufwand und Ertrag angegeben. Das Globalbudget basiert auf dem Leistungsauftrag und der Leistungsvereinbarung der Spitalbetriebe.
Interne Verrechnung	Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb der kantonalen Verwaltung.
Investitionen im weiteren Sinne	Investitionen im weiteren Sinne umfassen die Ausgaben in der Investitionsrechnung und die Beiträge an Investitionen Dritter (Laufende Rechnung).
Investitionsausgaben	Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten, welche den Betrag von 200'000 Franken überschreiten. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren z.L. der Laufenden Rechnung abgeschrieben (10% vom Restbuchwert).
Investitionseinnahmen	Als Investitionseinnahmen gelten alle Leistungen Dritter (z.B. vom Bund oder aus Spezialfinanzierungen) zur Finanzierung der Investitionsausgaben.
Investitionsrechnung	Die Investitionsrechnung ist eine separate Rechnung, die sämtliche Investitionsausgaben und -einnahmen für Anlagen im Verwaltungsvermögen enthält, die den Betrag von 200'000 Franken überschreiten.
Kinderindex	Der Kinderindex (z.B. einer Gemeinde) drückt den gewichteten Anteil der unter 12-jährigen, in- und ausländischen Kinder aus. $\text{Kinderindex} = \frac{\text{Anzahl 0-11Jährige der Gemeinde}}{\text{Bevölkerung der Gemeinde}} + \frac{\text{Anzahl 0-11 jährige Ausländer der Gemeinde}}{\text{Anzahl 0-11 Jährige der Gemeinde} \times 10}$
Laufende Rechnung	Rechnung, die sämtliche Aufwands- und Ertragspositionen einander gegenüberstellt. Die Laufende Rechnung entspricht der Erfolgsrechnung in der Privatwirtschaft. Der Saldo der Laufenden Rechnung verändert das Eigenkapital oder den Bilanzfehlbetrag.
Nettoinvestitionen	Investitionsausgaben abzüglich der Investitionseinnahmen. Die Nettoinvestitionen werden in der Rechnung des nachfolgenden Jahres aktiviert und abgeschrieben.
Passivzinsen	Zinsen für die Inanspruchnahme fremder Mittel (Fremdkapital).
Personalaufwand	Löhne, Sozial- und andere Versicherungsbeiträge, Aufwand für Personalrekrutierung, Ausbildung, Naturalleistungen, Zulagen. Als Personalaufwand verbucht werden auch Renten, Ruhegehälter und Teuerungszulagen an Pensionierte.
Regalien und Konzessionen	Erträge aus Regalien und Monopolen, aus der Erteilung von Patenten sowie aus der Verleihung von Konzessionen.

Reporting	Das regelmässige und systematische Reporting ist ein zentrales Element des Controllings. Es dient der Berichterstattung und soll komplexe Zusammenhänge und Ergebnisse des Controlling übersichtlich und einfach darstellen. Das Reporting liefert Argumente für die Entscheidungsfindung, was dazu beiträgt, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Zudem soll es ermöglichen, Informationen über die Massnahmen im Hinblick auf die Berichterstattung bedürfnis- und zeitgerecht aufzuarbeiten.
Rückerstattung von öffentlichen Gemeinwesen	Rückerstattungen von einem Gemeinwesen, für welches das eigene Gemeinwesen ganz oder teilweise eine Aufgabe erfüllt, die einem öffentlichen Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des anderen Gemeinwesens ist. Die Rückerstattung wird aufgrund der Kosten der Aufgabe bemessen.
Rückstellungen	Rückstellungen sind bereits feststehende, in ihrer Höhe meist noch nicht genau abschätzbare Verpflichtungen, deren Berücksichtigung zur Feststellung des Aufwandes oder der Ausgaben am Ende einer Rechnungsperiode notwendig sind. Die Ursache für die Bildung der Rückstellung liegt auf einem Ereignis in der Vergangenheit.
Sachaufwand	Aufwand für die Beschaffung aller Konsumgüter (z.B. Büromaterial, Drucksachen, Unterhalt und Reparaturen für Anlagen aller Art, Verbrauchsmaterialien, Mieten, Versicherungen, Dienstleistungen u.a.), die der Kanton in der betreffenden Rechnungsperiode verbraucht.
Selbstfinanzierung	Summe aus dem Saldo der Laufenden Rechnung und den Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen. Die Selbstfinanzierung gibt an, bis zu welchem Betrag die Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert werden. Die Selbstfinanzierung vergleichbar mit dem Begriff Cash Flow bei Privatunternehmen.
Selbstfinanzierungsgrad	Selbstfinanzierung in Prozent der Nettoinvestitionen (Saldo der Investitionsrechnung). Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt den Anteil an den Nettoinvestitionen, den der Kanton aus eigenen Mitteln finanzieren kann.
Spezialfinanzierungen	Eine Spezialfinanzierung ist die vollständige oder teilweise Zweckbindung von Einnahmen für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgaben. Die Bildung einer Spezialfinanzierung benötigt eine gesetzliche oder rechtlich gleichwertige Grundlage.
Steuerkraft	Die Steuerkraft einer Einwohnergemeinde ist die Summe der Steuern der natürlichen und juristischen Personen bei gewichtetem Steuerfuss und -satz, die mit einem Hochbetagten- und Sozialindex modifiziert ist.
Vermögenserträge	Aktivzinsen und andere Erträge aus den Geld- und Kapitalanlagen des Finanz- und Verwaltungsvermögens, inkl. Ablieferung der Gewinne der unselbständigen eigenen Anstalten sowie Liegenschaftserträge des Finanz- und Verwaltungsvermögens.
Verwaltungsvermögen	Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar und dauernd der Erfüllung öffentlich-rechtlich festgelegter Verwaltungsaufgaben dienen.